

# Landesinfo Baden-Württemberg



## Spendenaufruf

**Die LINKE in den Landtag!**

Seite 2

## Mannheim / Stuttgart

**Hartz IV: Arge oder kommunal**

s. 7

## Aus der Bundespolitik

**Abgeordnete berichten**

Seite 11

## Bildungskonferenz 22.1.

**Jenseits von Sparpaketen und Eliteförderung**

Seite 5

## Stuttgart 21

**Die LINKE ist konsequent für „oben bleiben“**

Seite 9

## Vergangenheit

**Schmid, die SPD, die LINKE und die DDR und SED**

Seite 14

## Inhalt

■ ■ ■ FDP-Dreikönig, EnBW und Privatisierung: LINKE- Kandidatinnen und Kandidaten nehmen Stellung	4
■ ■ ■ Die LINKE vor Ort: Karlsruhe, Friedrichshafen, Weinheim ...	6
■ ■ ■ Kultur in der Demokratiekrise: Erfolgreiche S21-Veranstaltung der LINKEN	9
■ ■ ■ Dioxin im Futter, Hartz IV, Lohn- drücker, Afghanistan: Bundestags- abgeordnete berichten	11
■ ■ ■ Herr Schmid, die SPD, die LINKE und die DDR und die SED	14
■ ■ ■ Kurzprogramm zur Landtagswahl	16
■ ■ ■ Veranstaltungshinweise	20
■ ■ ■	

# DIE LINKE in den Landtag – Spendenaufruf

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Wir haben einen erfolgreichen Landes-  
parteitag hinter uns. Wir haben dort  
mit großen Mehrheiten ein Landtags-  
wahlprogramm verabschiedet, an dem  
viele Mitglieder, Kreisverbände und der  
Jugendverband mitgearbeitet haben. Mit  
Marta Aparicio und Roland Hamm ha-  
ben wir ein Spitzenduo für die Land-  
tagswahl am 27. März gewählt. Anfang  
Februar geht in allen 70 Wahlkreisen der  
Landtagswahlkampf los. Um die Fünf-  
prozenthürde zu überspringen, brauchen  
wir die Mithilfe aller Mitglieder und al-  
ler Sympathisanten. Wir erhalten zudem  
Unterstützung aus der Bundespartei und  
aus anderen Landesverbänden.

Wir bitten alle Mitglieder, helft in  
den nächsten Wochen mit beim Pla-  
katieren, helft mit an den Infoständen,  
bei den Veranstaltungen und beim Ver-  
teilen und Stecken unserer Wahlinfos  
und Zeitungen. Auch jedes Gespräch im  
KollegInnenkreis, im Sportverein oder  
in der Verwandtschaft kann beitragen  
zum Erfolg.

Wahlkampf kostet viel Geld. Wir  
rechnen mit Ausgaben von rund 725 000  
Euro. Unser Ziel ist es, 25 000 Euro über  
Spenden aufzubringen. Im Gegensatz

zu den im Landtag vertretenen Partei-  
en erhalten wir keine Großspenden aus  
Wirtschaftskreisen. Unsere Finanzmittel  
für den Landtagswahlkampf sind knapp  
bemessen. Deshalb sind wir auf viele  
Kleinspenden angewiesen. Spenden  
tragen zum Beispiel dazu bei, dass wir  
im Wahlkampf noch zusätzliche Plakat-  
Großflächen anmieten können. Spenden  
könnt Ihr direkt zur Verwendung an  
Euern Kreisverband überweisen oder an  
den Landesverband. Spenden und Bei-  
träge sind steuerlich absetzbar. Bitte gebt  
den Namen an, damit am Jahresende  
eine Spendenbescheinigung ausgestellt  
werden kann.

Jede Spende trägt dazu bei, dass die  
LINKE in Baden-Württemberg stärker  
wird. Und je stärker DIE LINKE desto  
sozialer das Land.

Wir wünschen allen Mitgliedern ein  
gesundes und erfolgreiches Jahr 2011.

*Für den Landesvorstand: Christoph  
Cornides, Dorothee Diehm, Bernd Rie-  
xinger, Sabine Rösch-Dammenmiller,  
Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit.*

**Bankverbindung DIE LINKE Baden-  
Württemberg:**  
**Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70,  
Konto 289 582 700**

Das nächste Landesinfo erscheint im April.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2011 ist  
der 3. April 2011

**Beilagenhinweis:** Landtagswahlprogramm Die  
LINKE. „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion  
Die LINKE

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan  
der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es  
erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug  
des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-  
Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.  
0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@  
die-linke-bw.de

**Redaktion:** Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann,  
Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit  
(verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski.  
Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle  
und Adressen ist der Landesvorstand verant-  
wortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe,  
Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen.  
Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Herstellung und Druck:** GNN-Verlag, Stubaier  
Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-  
verlage.com



Bernd Rixinger hielt das Hauptreferat auf dem Landesparteitag am 20. Novem-  
ber im Gewerkschaftshaus in Stuttgart, zu hören auf [www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de).

„Der Kapitalismus ist doch nicht die Wirtschaftsform des Grundgesetzes, auch nicht der CDU, auch wenn es die Schlapphüte vom Verfassungsschutz nicht besser wissen.“ (Heiner Geißler in der Süddeutschen am 14.7.2008)

## Ein Fall für internationale Wahlbeobachter

**Innenminister Rech benutzt den Verfassungsschutz für parteipolitische Zwecke**

Die baden-württembergische Partei DIE LINKE weist den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit zurück und fordert Innenminister Rech auf, den Verfassungsschutz im Wahlkampf nicht für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen. Solcherlei Einschüchterungen seien ein Fall für die Wahlbeobachter der OSZE.

Rech könne bis heute keine einzige verfassungsfeindliche Aktivität der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg benennen. Die Überwachung durch den Verfassungsschutz sei grundlos und willkürlich. Der Versuch, DIE LINKE in eine verfassungsfeindliche und extremistische Ecke zu stellen, sei leicht zu durchschauen.

Aber wir sind überzeugt, dass dies die Menschen nicht davon abhalten wird, sich mit dem tatsächlichen Programm und den tatsächlichen Positionen der LINKEN auseinanderzusetzen. Die LINKE stehe fest zu den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes.

Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer: „Seit Wochen versucht die CDU, DIE LINKE in Baden-Württemberg in eine Schmutzlecke zu stecken. GRÜNE wie SPD werden beschimpft, wenn

sie eine Zusammenarbeit mit den LINKEN nicht kategorisch ausschließen. Ihr Spiel ist durchschaubar, weil sie mit aller Macht einen Politikwechsel in Baden-Württemberg verhindern will.“

DIE LINKE kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die SPD leider mal wieder in die Falle tappt, die ihnen die CDU aufstellt. Roland Hamm, Spitzenkandidat der baden-württembergischen Linken: „Anstatt der CDU auf den Leim zu gehen, soll sich die SPD lieber darauf konzentrieren, die schwarz-gelbe Regierungszeit bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu beenden.“ Die inhaltslose Abgrenzung von den Linken sei peinlich und lediglich Wasser auf die Mühlen der CDU.

Die wisse genau „dass ein Regierungswechsel sehr wahrscheinlich ist, wenn DIE LINKE in den Landtag kommt.“

## DIE LINKE lehnt Arbeitszeitverlängerung für Landesbeamte ab

Die von Ministerpräsident Mappus geplante Arbeitszeiterhöhung für Landes-

beamte wird von der LINKEN scharf kritisiert. Da die Polizei von Stellenstreichungen ausgenommen werden soll, läuft die Arbeitszeiterhöhung auf die Streichung von 1500 Lehrerstellen hinaus. Dafür hätten Beamte bis zum 40. Lebensjahr wöchentlich eine Stunde länger zu arbeiten.

Martha Aparicio, Spitzenkandidatin der LINKEN, befürchtet nicht nur eine Verschlechterung der Einstellungschancen für dringend benötigte junge Lehrkräfte, sondern vor allem auch eine Verschlechterung der Unterrichtsqualität: „Die Förderung der Kinder muss erheblich verbessert werden. Vor allem Kindern aus Migrationsfamilien bleiben zurück. Wer in dieser Situation die Arbeitszeit erhöht, handelt völlig fahrlässig.“ Schon jetzt müssten viele Lehrerinnen und Lehrer freiwillig in Teilzeit arbeiten, weil sie an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit angekommen seien oder befürchten, den Schülerinnen und Schülern nicht mehr gerecht werden zu können.

Spitzenkandidat Roland Hamm kritisiert, dass die Arbeitszeiterhöhung unter Bruch von Beteiligungsvereinbarungen mit den Gewerkschaften durchgedrückt werden soll: „Dieser gewerkschaftsfeindlichen Politik von Mappus muss bei der Landtagswahl die rote Karte gezeigt werden. Wenn Mappus mit dieser Politik Erfolg hat, werden alle ermutigt, die Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen wollen.“

## DIE LINKE warnt vor Schwarz-Grün

DIE LINKE in Baden-Württemberg, so deren Spitzenkandidat für die Landtagswahl Roland Hamm, warnt vor einer schwarz-grünen Regierungskoalition. Eine solche hat der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler vor Jahresende erneut in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ vorgeschlagen.

Roland Hamm: „Damit verrät Geißler auch eines seiner Motive für den sogenannten Schlichterspruch nach dem Faktencheck über Stuttgart 21 und das Alternativmodell Kopfbahnhof 21. Geißler wollte so die schwarz-grüne Option retten.“ Für den Spitzenkandidaten der LINKEN steht fest: „Nur wenn Schwarz-Gelb abgelöst wird und die LINKE in den Landtag von Baden-Württemberg kommt, können wir einen Politikwechsel in Richtung mehr direkte Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Und nur, wenn Mappus abgewählt wird, ist das Milliardenprojekt Stuttgart 21 zu stoppen.“

Erhard Korn, Landesarbeitsgemeinschaft Bildung, LINKE Baden-Württemberg

## Linke wirft Kultusministerin Wortbruch vor

**Realschüler und Werkrealschüler ohne Anschluss**

Weit mehr als 35 000 Absolventen mit Mittlerer Reife seien in diesem Schuljahr von den Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs im Land abgewiesen worden, obwohl sie die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Weg zu Abitur oder Fachhochschulreife mitbrachten.

Allein aus Kapazitätsgründen hätten die Beruflichen Gymnasien 25%, die Berufskollegs sogar über 27% der Bewerberinnen und Bewerber nicht aufgenommen. Mit den versprochenen Gegenmaßnahmen hätte das Ministerium Eltern und Schülern nur Sand in die Augen gestreut, da in den zusätzlich eröffneten 26 Klassen am Beruflichen Gymnasium gerade 750 Bewerber versorgt werden konnten.

Die Verlässlichkeit und Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems habe Ministerin Schick jüngst bei der Vorstellung des CDU-Bildungspakts von Bayern, Sachsen und Baden-Würt-

temberg wieder gelobt und dabei auf das Beispiel der beruflichen Schulen verwiesen.

Die Realität spreche dem aber Hohn. Während Gymnasiasten alleine durch die Versetzung in die Oberstufe wechseln könnten, baue man für Hauptschüler, Werkrealschüler und Realschüler mehrmals Notenhürden ein. Tatsächlich aber reichten die verlangten Notendurchschnitte von 3,0 nicht aus und viele Schülerinnen und Schüler, die mit einem Platz gerechnet hätten, wurden selbst mit Schnitten besser als 2,5 abgewiesen. Sie standen zu Beginn des Schuljahres häufig vor dem Nichts.

Das Versprechen der Ministerin, „kein Abschluss ohne Anschluss“ erweise sich für sie als Sackgasse. Die Linke fordere deshalb, so der Linken-Bildungsfachmann Erhard Korn, in ihrem Landeswahlprogramm einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einem Beruflichen Gymnasium für Schülerinnen und Schüler mit Mittlerer Reife.

„Wo die Sozialbindung des Eigentums als moralische Forderung an den verantwortlichen Eigentümer in der alltäglichen Wirklichkeit unwirksam bleibt, bedarf es einer Bestimmung der gebotenen Grenzen der Verfügungsmacht über Eigentum durch Gesetz“ (aus den Freiburger Thesen der F.D.P., Oktober 1971)

## DIE LINKE Baden-Württemberg zum Dreikönigstreffen der FDP: Marktschreier des Raubtierkapitalismus

„Guido Westerwelle, Christian Lindner und Philipp Rösler kommen nicht als Weise aus dem Morgenland nach Stuttgart, sondern als die Marktschreier des Raubtierkapitalismus“, erklärte Roland Hamm, Spitzenkandidat der LINKEN in Baden-Württemberg, anlässlich des FDP-Dreikönigstreffens.

DIE LINKE erinnert an die sozialen Traditionen des Liberalismus von Ludwig Uhland bis Karl-Hermann Flach. „Unsere Partei steht mit ihrer Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit den linksliberalen Freiburger Thesen näher als die heutige FDP“, betont Roland Hamm. Am Freiburger Programm wäre die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze nicht gescheitert.

können.“ Das Land müsse in Sachen „Mehr Demokratie“ vorangehen. DIE LINKE streite für ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz, weniger Überwachungsstaat, Humanisierung der Einwanderung und die Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden.

## EnBW darf nicht an der Börse weiter verkauft werden

DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt einen Verkauf von Aktienanteilen des Landes durch Platzierung an der Börse ab. Marta Aparicio, Spitzenkandidatin der baden-württembergischen Linken: „Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand und muss dort bleiben. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die

Energie ohne Atomkraft. Die Energieversorgung ist für uns eine soziale und ökologische Frage“, sagt der Spitzenkandidat der LINKEN, Roland Hamm.

Außerdem fordert DIE LINKE, dass Arbeitsplätze und Tarifverträge bei der EnBW gesichert werden müssen. Auch die Dezentralisierung der Energieversorgung und insbesondere der Ausbau kommunaler Stadtwerke müsse vorangetrieben werden.

## FDP verlangt Privatisierung der Universitätskliniken

DIE LINKE spricht sich gegen profitorientierte Ausbeutung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen aus. Die CDU muss Farbe bekennen, ob sie den gesundheitspolitischen Raubzug der FDP unterstützt.

Die linken Landtagskandidaten Dr. Lothar Schuchmann (Freiburg) und Bernhard Strasdeit (Tübingen) nahmen Stellung gegen die Privatisierung der vier Unikliniken in Baden-Württemberg. Die FDP kündigte beim Dreikönigstref-



Roland Hamm kandidiert für Die LINKE in Aalen.



Marta Aparicio, tritt in Stuttgart an.



Lothar Schuchmann ist Kandidat in Freiburg.



Bernhard Strasdeit kandidiert im Wahlkreis Tübingen.

Schwarz-Gelb im Land müsse abgelöst werden, damit die Politik der sozialen Spaltung in Bund und Land beendet wird. Die Gesundheitsreform beschere den erwerbstätigen Menschen weniger Netto vom Brutto. Die FDP bediene die Interessen der privaten Versicherungskonzerne. Zudem betreibe die FDP jetzt massiv die Privatisierung der vier Unikliniken in Baden-Württemberg. Und die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb vergrößere weiter die Schere zwischen Arm und Reich.

Spitzenkandidatin Marta Aparicio sieht im politischen Spektrum eine riesengroße Lücke: „Wir brauchen eine linke, eine sozialistische Bürgerrechtspartei im Landtag, die dafür sorgt, dass Demokratie und Menschenrechte auch am Arbeitsplatz stattfinden und die Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen direkter Einfluss nehmen

wieder erworbenen Anteile an der Börse zu verhöckern.“ Zwar kritisiert DIE LINKE nach wie vor, dass Mappus einen zweifelhaften Deal am Landtag vorbei geschlossen hat, warnt aber davor, jetzt die damit gewonnen Möglichkeiten und Chancen wieder aus der Hand zu geben. Vielmehr hätte die Landesregierung jetzt deutlich bessere Möglichkeiten, den dringend erforderlichen Umbau zur Versorgung mit regenerativer Energie voran zu treiben und aus der Atomenergie auszusteiigen. Die Zusage von Ministerpräsident Mappus, das Land wolle keinen Einfluss auf die operative Steuerung der EnBW nehmen, hält DIE LINKE für einen großen Fehler. Die Frage der Energieversorgung sei in hohem Maße eine politische Frage, die nicht einfach der gewinnorientierten Steuerung durch die Märkte überlassen werden darf.

„Wir wollen saubere und bezahlbare

fen in Stuttgart an, die Unikliniken zu privatisieren und auch andere Filetstücke öffentlicher Daseinsvorsorge an die Börse zu bringen. Wer die Unikliniken privatisieren will, gefährdet die Qualität medizinischer Versorgung und Forschung im Dienste aller. Strasdeit fordert seinen Tübinger CDU-Kreistagskollegen Professor Bamberg, Chef am Tübinger Uniklinikum, und seine CDU-Konkurrentin, die Notärztin Federle, auf, sich von diesem gesundheitspolitischen Blödsinn zu distanzieren.

Die Uni-Kliniken sind in Freiburg und Tübingen die größten Arbeitgeber der Region und die Beschäftigten leisten gute Arbeit, betont Lothar Schuchmann. Die FDP wolle diese Standards ruinieren. Gesundheitsversorgung dürfe nicht Profitinteressen unterliegen. Ausreichende Gesundheitsversorgung sei ein Grundrecht für alle Menschen.

## Werkrealschule ist Murks

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen zeige erneut, dass das Werkrealschulkonzept der Landesregierung keine Zukunft hat, sagt Marta Aparicio, die Spitzenkandidatin der LINKEN für die Landtagswahl am 27. März 2011. Das Urteil sei eine schallende Ohrfeige für Ministerpräsident Stefan Mappus und Kultusministerin Marion Schick.

Aparicio, die in der Erwachsenenbildung tätig ist, fordert stattdessen Konzepte für ein längeres gemeinsames Lernen bis zum 10. Schuljahr. Dies müsse auch für einzügige Schulen möglich sein. Nur so könne die Schule im Dorf beziehungsweise in den Stadtteilen bleiben.

Die Werkrealschule ist Murks. Dies zeigten die Übergangsquoten in die weiterführenden Schularten zum Schuljahr 2010/11, die das Statistische Landesamt jetzt veröffentlicht hat. Demnach haben 23 Prozent der Eltern Widerspruch gegen verpflichtende Haupt- und Werkrealschulempfehlung eingelegt.

Bedenklich sei auch die Zahl von 17

Prozent der Eltern, die trotz gymnasialer Empfehlung für ihr Kind die Realschule wählen. Deshalb, so die Bildungsreferentin der VHS Stuttgart, müsse G8 kurzfristig zurückgenommen werden.

DIE LINKE fordert, dass die verbindliche Grundschul-Empfehlung entfällt. Individuelle Förderpläne und Rückmeldungen sollen in der Grundschule das Notensystem ersetzen. Außerdem wolle DIE LINKE zehn Schuljahre für alle einführen, „damit die Chancen der Schwächeren auf eine Berufsausbildung verbessert werden.“, sagt Marta Aparicio. „Die neuen Werkrealschulen seien eine drastische Sparmaßnahme im Bildungsbereich, die massenhaft zu Schulschließungen führen wird“, kritisiert Marta Aparicio. Dies passe zu den Plänen des Kultusministeriums, ab dem Schuljahr 2012 5 000 Stellen zu streichen, um 400 Millionen Euro zu sparen. Deshalb unterstütze DIE LINKE den von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft angekündigten Protest, sagt Marta Aparicio.



## Linksjugend und SDS rufen auf zum Protestfeuer für freie Bildung

Die Landesverbände der Linksjugend [„solid“] und von dielinke.sds rufen auf, sich an den Aktionen des landesweiten Protestfeuers für freie Bildung zu beteiligen. In ganz Baden-Württemberg wird es in diesem Rahmen Aktionen geben, um auf die Situation im Bildungssystem hinzuweisen und Forderungen des Bildungsstreiks auf die Straße zu tragen. Eine zentrale Großdemonstration findet am 29. Januar in Stuttgart statt.

Wie können wir Studiengebühren stoppen? Wie erreichen wir eine solidarische Bildungspolitik? Auf diese Fragen kann es nur eine Antwort geben: Durch den Druck der Straße!

Am 27. März ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Die schwarz-gelbe Landesregierung steht stellvertretend für eine höchst selektive Bildungspolitik und eine Hochschullandschaft, die auf Konkurrenz und Exzellenz, statt auf Solidarität ausgelegt ist. Der Bildungsstreik der vergangenen Jahre war eine große, bunte und breite Bewegung, die sich gegen die Vermarktung der Bildung gestemmt hat. Der Kampf ist jedoch nicht vorbei!

Wenn Merkel, Mappus und Schavan behaupten, die Bildung sei von den Sparpaketen nicht betroffen, verschweigen sie die Kürzungen durch die Hintertür. Studiengebühren, erschweren nach wie vor Kindern aus Familien mit geringem Einkommen oder Migrationshintergrund den Zugang zur Hochschule. Die kürzlich vorgenommene Bafög-Erhöhung ist so gering, dass sie durch steigende Lebenshaltungskosten praktisch eine Kürzung bedeutet.

Schwarz-Gelb versucht zu spalten, obwohl wir genauso von den asozialen Sparmaßnahmen betroffen sind wie Ge-

## Her mit der Bildungsrepublik! Perspektiven jenseits von Sparpaketen und Eliteförderung

**Zweite bildungspolitische Konferenz der Linken 22./ 23. Januar 2011 in Stuttgart**

„Vorfahrt für Bildung“ ist das Versprechen der schwarz-gelben Bundesregierung. Doch im Zuge des Sparpaketes wird gerade auch bei Bildung gekürzt. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten haben so immer weniger Möglichkeiten zu guter Bildung. Das Ergebnis des Volksentscheids zur Schulreform in Hamburg zeigt, wie stark die Kräfte nach wie vor sind, die an einem gegliederten Schulwesen festhalten wollen.

Die Linke kämpft für die Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle anstelle von Zwei-Klassen-Bildung und sozialer Ausgrenzung. Mit dem Bildungsstreik und zahlreichen bildungspolitischen Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden ist Bewegung in die bildungspolitische Debatte gekommen. In den bevorstehenden Landtagswahlen wird Bildungspolitik erneut ein inhaltlicher Schwerpunkt sein.

Die zweite bildungspolitische Konferenz der Linken soll zur Analyse der gegenwärtigen Situation beitragen, Hauptfelder des bildungspolitischen Kampfes aus linker Sicht markieren und Alternativen diskutieren – für eine soziale und demokratische Bildungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen.

Am Samstag, den 22. Januar wird um 11 Uhr 30 Dr. Gesine Löttsch (Partei-vorsitzende Die Linke) zu den Auswirkungen der schwarz-gelben Bildungspolitik und den Alternativen der LINKEN sprechen. Am Nachmittag, ab 13.30 Uhr wird Prof. Michael Hartmann (TU Darmstadt) zum Thema „Gutschein statt Bildung? Soziale Auslese im deutschen Bildungssystem“ sprechen. Nach den Vorträgen besteht jeweils die Möglichkeit zur Diskussion. Ab 15 Uhr 30 wird in sechs Foren weiterdiskutiert: KiTa für alle, Wege zur Gemeinschaftsschule, gute Ausbildung für alle, Bildung demokratisieren, Weiterbildung und Bolognaprozess. Zu den jeweiligen Foren referieren Experten aus der Wissenschaft, den Gewerkschaften und der LINKEN.

Für den zweiten Konferenztag liegt der Schwerpunkt auf den bevorstehenden Landtagswahlen. Gemeinsam wollen wir linke bildungspolitische Schwerpunkte und die Chancen auf ihre Durchsetzung diskutieren.

Daneben ist am Samstagabend auch für ein Kulturprogramm gesorgt.

**Samstag, 22. Januar 2010 ab 11 Uhr bis Sonntag, 23. Januar, 13 Uhr. Stuttgart, Gewerkschaftshaus Willi-Bleicher-Str. 20; 70174 Stuttgart.**

Um Anmeldung wird gebeten unter: [ag.bildungspolitik@die-linke.de](mailto:ag.bildungspolitik@die-linke.de)

ringverdiener, Arbeitslose und Rentner, während die Krisenversursacher keinen Cent aufbringen müssen.

Doch nicht nur Schwarz-Gelb lügt sich die Bildungspolitik zurecht. In NRW warten die Studierenden trotz des Regierungswechsels immer noch auf die Abschaffung der Studiengebühren.

Auf der landesweiten Bildungsstreikdemo am 29. Januar in Stuttgart gilt es daher, alle Parteien, die in den Landtag wollen, unter Druck zu setzen. Auf das Parlament alleine können wir dabei nicht zählen. Nur durch einen lauten, massenhaften Protest werden wir das unsoziale Bildungssystem stürzen und für eine solidarische, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni kämpfen können.

Wir sagen: Studiengebühren abschaffen! Sofort! Überall!

#### Termine des Protestfeuers:

Mo., 17.1., Freiburg • Di., 18.1., Weingarten • Do., 20.1. • Sigmaringen • Fr., 21.1., Mannheim • Mo., 24.1., Heidelberg • Di., 25.1., Tübingen • Mi., 26.1., Karlsruhe • Do., 27.1., Ludwigsburg • Sa., 29.1., Stuttgart

*Daniel Behrens*

## LINKE im Karlsruher Gemeinderat: „Integrationswillige werden blockiert“

Die Berliner Koalition weigert sich, das nötige Geld für die nachgefragten Integrationskurse bereitzustellen. Betroffen seien Bürger mit Migrationshintergrund, die freiwillig einen Integrationskurs absolvieren wollen, erläutern die Gemeinderats-Linken. Unter Berufung auf ein Schreiben der Stadtverwaltung seien allein an der Volkshochschule Karlsruhe (vhs) 120 mögliche Teilnehmer von einer dreimonatigen Sperrfrist betroffen. Zudem habe man acht Integrationskurse verschieben müssen.

Etwa 20 Teilnehmer sollen aufgrund verschärfter Zulassungsvoraussetzungen durch den Bund die Option auf einen Wiederholungskurs verloren haben. Teilzeitkurse könnten außerdem nur noch mit einer besonderen Begründung durchgeführt werden.

Da die vhs solche Integrationskurse als einer von zwölf Trägern in Karlsruhe durchführe, dürfte die Zahl der von den Verschärfungen Betroffenen um ein Vielfaches höher liegen.

Sabine Zürn und Niko Fostirooulos dazu. „Die schwarz-gelbe Bundesregierung fordert mehr Integrationsbereitschaft. Gleichzeitig ist sie nicht bereit, genügend Geld für die Integrationskurse bereit zu stellen und verweigert Interessierten, die freiwillig einen Integrationskurs absolvieren wollen durch verschärfte Zulassungsvoraussetzungen die Teilnahme. Das ist Zynismus pur.“

Die Bundesregierung müsse die notwendigen Mittel für die Integrationskurse zur Verfügung stellen. Dafür setzt sich die Linke im Bundestag bereits seit Monaten ein“, fügt die Karlsruher Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Karin Binder, hinzu.

## Staatliche Bespitzelung der politischen Opposition einstellen!

Die LINKE hat die Bespitzelung politischer Gegner der Landesregierung in Heidelberg und im Umfeld von Stuttgart-21-Gegnern scharf kritisiert. Landesgeschäftsführer Bernhard Strasdeit forderte Ministerpräsident Stefan Mappus im Kurpfalzradio des SWR dazu auf, das Spitzel-Unwesen sofort einzustellen. Zudem müsse der Vorgang lückenlos aufgeklärt werden. Statt mit Polizeispitzeln oder informellen Mitarbeitern politische Oppositionelle einzuschüchtern, solle die Landesregierung



lieber mehr Personal für die Enttarnung von Steuerhinterziehern einsetzen.

Strasdeit kündigte an, das Thema auch auf der Ebene der Europäischen Union zur Sprache zu bringen. Nicht nur das aktuell kritisierte EU-Mitglied Ungarn müsse sich an demokratische Grundsätze halten, sondern auch Baden-Württemberg.

Der Geschäftsführer der LINKEN in Baden-Württemberg erinnerte die Landesregierung daran, „dass die DDR einst unter anderem an ihren demokratiefreudlichen Spitzelapparaten zu Grunde ging“. Ministerpräsident Mappus müsse deshalb aufpassen, dass es ihm mit der „Maultaschen-Stasi“ nicht eines Tages genau so erginge. Strasdeit warf Mappus ein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie und zur Landesverfassung vor. Jüngster Beweis dafür sei der Kauf von EnBW-Anteilen am Parlament vorbei.

## Neues Regionalbüro der LINKEN in Friedrichshafen

Am 10. Dezember fand in Friedrichshafen die Eröffnung eines neuen Parteibüros für die gesamte Region Bodensee und Oberschwaben statt. Der Kreisverband Bodensee richtete die Eröffnung aus. Unter den Gästen waren Annette Groth (MdB) und Bernhard Strasdeit (Landesvorstand), die in den Räumen eine Bürogemeinschaft begründen.

DIE LINKE Kreisverband Bodensee lädt in Zusammenarbeit mit dem Landesverband zum Auftakt einer Informationsreihe im Regionalbüro des Landesverbandes ein. Wir werden Dokumentarfilme zeigen und dann darüber miteinander sprechen.

Wir beginnen am Mittwoch, 12.1. mit einer Dokumentation über die Arbeit der Tafeln am Beispiel Überlingen. Unser Genosse Detlef Boehnert arbeitet dort aktiv, auch im Vorstand (oder wie auch immer sich das Organisationskomitee nennt) mit.

Ab Januar werden wir Informationsabende durchführen. Wir freuen uns auf Euren Besuch.

Näheres erfahren sie im neuen Büro. Herzliche Grüße vom Kreisverband Bodensee und vom Regionalbüro des Landesverbandes sowie von unserem Landtagskandidaten Roberto Salerno und Inge Jakowlew, Ersatzkandidatin und Mitarbeiterin von MdB Annette Groth.

## Weinheim: DIE LINKE erkämpft Bürgerbüro

Am 2. Dezember wurde das neue städtische Bürgerbüro in der Weinheimer Weststadt eröffnet. Rund ein Drittel der Einwohner Weinheims wohnen in diesem Stadtteil. Seit rund 30 Jahren fordern sie eine städtische Anlaufstelle. Nun ist sie endlich da.

Anfang des Jahres hatten Bürgerinnen und Bürger den neu gewählten Stadtrat der LINKEN, Carsten Labud-da, auf das Thema angesprochen und sich zugleich darüber beklagt, dass alle anderen Stadträte in den vergangenen Jahren zu wenig dafür getan hätten, damit Weinheims größter Stadtteil endlich ein Bürgerbüro erhält.

DIE LINKE wurde daraufhin aktiv. Im Laufe des Frühjahrs sammelten die Genossen rund 750 Unterschriften und wurden dabei auch von den Geschäftsleuten der Weststadt unterstützt. Mit Infoständen, Anträgen und Anfragen im Stadtrat verschaffte DIE LINKE dem Thema neue Öffentlichkeit und baute so den notwendigen politischen Druck auf. Über zwanzig Mal berichtete die

lokale Presse über die Aktivitäten der LINKEN. Obwohl alle anderen Parteien im Stadtrat sich gegen die Initiative stellten, kam vom Oberbürgermeister kurz nach Pfingsten die Zusage, dass das Bürgerbüro gegen Ende des Jahres eingerichtet wird. Ob die im Sommer erfolgte OB-Wahl ein wenig Pate dabei

stand, bleibt Spekulation. Wichtig ist: Die Weinheimer LINKE konnte einen großen kommunalen Erfolg erzielen und zeigen, dass mit einem guten Zusammenspiel von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit echte Verbesserungen für die Menschen erreicht werden können.

## Hartz IV: Mannheimer Gemeinderat für eine „Gemeinsamen Einrichtung“

Bei Enthaltungen des LINKEN-Stadtrats Thomas Trüper und der ehemaligen Stadträtin der LINKEN Gudrun Kuch beschloss der Mannheimer Gemeinderat auf einer Sitzung Anfang Dezember die Einführung der „Gemeinsamen Einrichtung“ als Nachfolgerin der „Arge JobCenter Mannheim“. Nach der Diskussion im Hauptausschuss hielten es die anderen Parteien nicht mehr für notwendig, sich im Gemeinderat zu erklären. Sie hatten unisono Lobeshymnen auf das „Mannheimer Modell“ der Hartz-IV-Verwaltung gesungen: auf die Job-Börsen, auf JumpPlus für U25-Arbeitslose, auf das Erstzugangszentrum. Und sie zeigten sich durchweg beeindruckt von dem Gründungsvertrag, den Sozialamtsleiter Genz mit dem Mannheimer Arbeitsagenturleiter Schumacher ausgehandelt hatte. Welche Stabilität dieser Vertrag im Konfliktfall zwischen Stadt und Arbeitsagentur tatsächlich haben kann, wurde von den anderen Parteien genauso wenig diskutiert wie die Frage, wie gut die U-25-Programme und ihre Ergebnisse tatsächlich sind. Tenor war vor allem, man wolle die Langzeitarbeitslosigkeit nicht „kommunalisieren“. Im Folgenden Auszüge aus der Rede von Stadtrat Thomas Trüper:

Während wir uns im Gemeinderat den Kopf zerbrechen, wie die Organisation von Hartz IV durchgeführt werden soll, hat die schwarz-gelbe Mehrheit in Berlin schon mal eben wieder die Mittel für Arbeitsmarktinstrumente um 1,5 Mrd. Euro gekürzt. Das ist – bei aller Kritik an der konkreten Ausgestaltung der Arbeitsmarktinstrumente – das eigentliche Problem, an dem wir als Kommune jedoch nichts ändern können. Stattdessen wechseln demnächst wieder Hunderte Menschen, die mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit innerhalb von Maßnahmen befasst waren, die Seite und müssen sich selbst bei der Arbeitsagentur arbeitslos melden.

Nachdem sich der Gesetzgeber nicht zuletzt durch den Druck, den die Mannheimer Stadtverwaltung mit einer beispiellosen bundesweiten Pressekampagne über die Möglichkeiten und Vorzüge des JobCenter Mannheim aufgebaut hatte, zu einer Grundgesetzänderung aufgegriffen hat, haben wir jetzt

seit August Zeit, ein hochkomplexes Thema zu diskutieren: Weiterhin „Arbeitsgemeinschaft“ oder „Option“. Die getrennte Verwaltung gibt es überhaupt nicht mehr. Wobei der Bundesgesetzgeber sehr eigentümliche und komplizierte Vorgaben erlassen hat, die sich gar nicht so wesentlich von einander unterscheiden. Gemeinsam ist den Vorgaben, dass sowohl die „gemeinsame Einrichtung“ (einst JobCenter) wie auch der „zugelassene kommunale Träger“ den identischen Kontrollorganen des Bundes und des Landes unterworfen ist und dass z.B. auch die Zielvereinbarungen da wie dort mit der Bundesagentur zu treffen sind. Die Kommunen haben kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn – dann haben sie in der „zugelassenen kommunalen Trägerschaft“ noch die meisten Gestaltungsmöglichkeiten. Das wurde so auch in einer ersten Bewertungstabelle durch das Dezernat dargestellt.

Dann begannen die Verhandlungen zwischen dem Leiter der Arbeitsagentur Mannheim und dem Dezernat mit dem Ergebnis; dass sich die Stadt offenbar die Oberhoheit über einige aus Sicht des Kommunalhaushalts wichtige Entscheidungsfelder gesichert hat. Zum Beispiel die Frage, wer über die Erwerbsfähigkeit einer Person zu entscheiden hat. Aus dieser Entscheidung resultiert dann, welche Kosten die Kommune zu tragen hat. Und das ist auch der eigentliche Kern des Interesses der Stadt Mannheim. Das sollte man auch mal in aller Nüchternheit feststellen.

In diesem Zusammenhang ist ein Aspekt des vereinbarten Gründungsvertrags besonders interessant: Die Betreuung von 300 „dem Arbeitsmarkt besonders entfernten Personen“ nicht durch die neue Arge, sondern direkt durch das Sozialamt unter Aufrechterhaltung der Behauptung einer (möglicherweise nur fiktiven) Erwerbsfähigkeit und damit Verbleib im Rechtskreis SGB II mit weitgehender Übernahme der Kosten für Unterkunft durch den Bund.

Hier wird auch deutlich, dass gegenüber Langzeitarbeitslosen häufig Maßnahmen der sozialen Förderung eher als unmittelbare Vermittlungsaufgaben im Vordergrund stehen.

Insofern ist auch das immer wieder zitierte Verhandlungsergebnis: Beendi-

gung der Vermittlungskonkurrenz zwischen SGB III und SGB II zu sehen. Die Bundesagentur habe sich verpflichtet, nicht nur vorrangig ALG-1-EmpfängerInnen zu vermitteln. Oft ist dies gar keine Konkurrenz. Und dort, wo es um die Vermittlung eines Menschen im Hartz-IV-Bezug direkt in den Ersten Arbeitsmarkt geht, ist es vom Standpunkt der Arbeitsmarktbilanz und auch vom Standpunkt der zu Vermittelnden irrelevant, ob der Platz einen Bezug von ALG 1 oder ALG 2 beendet. Des einen Nachtigal ist des anderen Uhl. Jeder Arbeitsplatz kann nur einmal vermittelt werden.

In diesem Zusammenhang appelliere ich zu mehr Nüchternheit in Sachen JobCenter und „Mannheimer Modell“. Wir sollten Politik ehrlich und sachlich betreiben und uns nicht permanent den Gesetzen der medialen Vermarktung unterwerfen. Sonst wird eines Tages die Ecke Ifflandstraße (JobCenter) noch zu einer ernstesten Konkurrenz für die Wundergrotte von Lourdes. Die Menschen, die im JobCenter ein- und ausgehen müssen, sehen diese Einrichtung und ihre Leistungen durchaus differenzierter. Für sie sind auch nicht die Einsparpotenziale des Mannheimer Stadthaushalts interessant – sie haben allen Grund, diese zu fürchten. Für die Langzeitarbeitslosen und ihre Angehörigen wäre die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, wie ihn Die LINKE seit langem fordert, das Allerwichtigste – nicht mit Ein-Euro-Jobs, sondern mit Arbeitsplätzen, die tariflich bezahlt werden, von denen man leben kann, die den Menschen Selbstbewusstsein und Würde zurückgeben. Von diesem Zustand sind wir weiter entfernt als je.

Dahinter tritt die Frage, ob Gemeinsame Einrichtung oder zugelassener kommunaler Träger, deutlich in den Hintergrund.

Im Grunde ist die heute zu fällende Entscheidung unter rein pragmatischen Gesichtspunkten zu treffen. Denn von einem Standpunkt aus, der die Handlungsmöglichkeiten einer Kommune in Zusammenarbeit mit den örtlichen Akteuren hoch bewertet, was wir ja mit den Erfahrungen des JobCenter Mannheim tun, müsste man eigentlich die Optionslösung bevorzugen. Aber es sind höchste Zweifel schon allein an der praktischen Durchführbarkeit angebracht.

Für die bevorstehende Abstimmung heißt das: Ich werde mich in der Wahl zwischen den beiden Gestaltungsmustern der Stimme enthalten. Nicht, weil ich zu klaren Entscheidungen nicht in der Lage wäre oder mich der Verantwortung entziehen möchte, sondern weil ich der zu erwartenden Einstimmigkeit in diesem Haus in dieser wichtigen Frage ein Memento entgegenhalten möchte über die Mängel beider Modelle.

# JobCenter soll städtisch werden

**Warum SÖS und LINKE der Option zugestimmt haben**

Am 21. Oktober 2010 beschloss der Gemeinderat einstimmig, dass Stuttgart sich bei der Bundesregierung darum bewirbt, Optionskommune zu werden. Der Gemeinderat nimmt Einfluss auf das JobCenter durch einen Unterausschuss JobCenter, in dem alle Fraktionen nach d'Hondt vertreten sind. Dem waren lange und heftige Diskussionen vorausgegangen. Der Gemeinderat hat damit den Vorschlag des Oberbürgermeisters Wolfgang Schuster und des Stadtkämmerers Michael Föll zurückgewiesen. Diese wollten eine „gemeinsame Einrichtung“ nach der neuen gesetzlichen Definition, angeblich aufgebessert durch einen Vertrag mit der Arbeitsagentur. Schusters und Fölls Begründung war, bei der Option sei „das Risiko für die Stadt zu groß“. Das Risiko sehen sie vor allem darin, dass die Bundesregierung plant, die finanziellen Leistungen für die Langzeitarbeitslosen zu kürzen, vor allem im Bereich der Eingliederungshilfen und auch bei den Kosten der Unterkunft. Wäre Stuttgart Optionskommune, würde sich laut Föll der Unmut dann gegen die Stadt richten.

## **Warum hat die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE dem Optionsbeschluss zugestimmt?**

Das Meinungsbild von Betroffenen, Beschäftigten, Personalvertretungen, Gewerkschaften und Parteien war sehr gegensätzlich. Eine Entscheidung musste immer in einer Richtung auf heftige Kritik stoßen.

Ausschlaggebend war unter diesen Vorzeichen gerade, dass Schuster und Föll die Option als Risiko für die Stadt sehen. Sie wollten die Verantwortung auf die Bundesregierung, die Bundesagentur bzw. Arbeitsagentur lenken und sich bei den Problemen für nicht zuständig erklären. Gerade dies fordert heraus, dass die Stadt die Verantwortung übernimmt. Gerade wenn die Bundespolitik versagt, kann die Stadt nicht ihre Hände in Unschuld waschen und sich – vielleicht mit Bedauern – abwenden. Sondern sie muss die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien nach ihren Kräften und Möglichkeiten unterstützen. Wir sehen in dezentralen Verwaltungsstrukturen auch bessere Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme und Kontrolle sowie Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen.

Die von betroffenen Arbeitslosen geführte Kritik beruht vor allem auf den ungerechten Hartz-Gesetzen. Diese werden mit der Entscheidung: Option ja oder nein? aber gar nicht berührt. Die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit weigern sich, das Bundesverfassungsgerichtsurteil in eine spürbare

Verbesserung der Regelsätze sowohl von Erwachsenen als auch Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Das verstärkt die Befürchtungen, dass sich die Lage der Haushalte mit geringem Einkommen weiter verschlechtert. Der Wirrwarr in der Frage um die Bildungschancen für Kinder in Hartz-Haushalten verstärkt das noch. Statt ausreichender Hilfe droht die weitere Bevormundung der Eltern. Bei der Option geht es darum, dass die Stadt in der Umsetzung der Vorschriften ihren Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen nutzt und sie durch ihre Sozialeinrichtungen unterstützt.

Langzeitarbeitslose befürchten bei einer Zuständigkeit der Stadt auch, dass sich ungleiches Recht bzw. ungleiche Handhabung des Rechts entwickeln. Sie meinen, mit der Zuständigkeit der Arbeitsagentur und der Bundesagentur könnten sie ihre Ansprüche besser durchsetzen. Aber die Gesetze und Vorschriften gelten für die Optionskommunen und die „gemeinsamen Einrichtungen“ gleich, und auch der Rechtsweg für Widersprüche bleibt der gleiche. In der „gemeinsamen Einrichtung“ wäre die Stadt nur für die Sozialbetreuung zuständig, und die Arbeitsagentur nur für die Eingliederungsmaßnahmen und die Vermittlung in den Arbeitsmarkt. In der Optionskommune können aber die Stadt und der Gemeinderat Einfluss nehmen, auf die Gestaltung und Auswahl der Förderungsmaßnahmen und auf die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs, auf die Personalpolitik. Zugegeben: das hängt dann von den Mehrheitsverhältnissen ab. Aber auch als kleinste Opposition hat man Einfluss.

Die Frage: Option ja oder nein? berührt oder ändert die Regelsätze für Erwachsene, Kinder und Jugendliche nicht und ebenso wenig das Geld für die Bildungsförderung der Kinder. Die Fragen sind aber: Wer setzt die Regelungen um? Wie werden die – zugegeben nicht großen, aber wichtigen – Entscheidungsspielräume genutzt? Wie kann es gelingen, Fördermaßnahmen und Eingliederungsmaßnahmen sinnvoll und erfolgreich zu gestalten? SÖS und Linke sind der Meinung, dass das besser in der Kommune als durch eine Bundesorganisation geschehen kann und außerdem, dass eine Kontrolle durch den Gemeinderat dabei hilfreich ist.

Dabei gibt es verschiedene Ziele: Die Stadt Stuttgart – die Verwaltung und vor allem der Gemeinderat – müssen die Verantwortung für die Einwohnerinnen und Einwohner übernehmen, die auf Hilfe angewiesen sind, d.h. auch für die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien. Für die Kinder ist es notwendig, ein gesundes Mittagessen sicherzustellen. Das

Kita- und Schulesen für einen Euro ist ein Anfang. Kostenloses Essen in allen Schulen und Kitas ist das Ziel. Ganztagsbildung und Ganztagsbetreuung für alle Kinder, die es wollen und brauchen, muss erreicht werden. Das alles kann die Arbeitsagentur nicht.

Die Diskussion über Option ja oder nein wurde auch mit den Personalräten geführt. Der städtische Personalrat im JobCenter setzte sich vehement für die Option ein, unterstützt vom Fachbereich Kommunen im Verdi-Bezirk Stuttgart. Sie stellten vor allem heraus, dass die Personalpolitik der Arbeitsagentur zur Überlastung des Personals, zu hohen Krankheitsständen und hoher Fluktuation führt, dass sie sich mehr um die Statistik als um die Beratung kümmern müssen und das Angebot an Bildungsmaßnahmen aufgrund des bundesweiten Einkaufs der möglichst billigen Kurse schlecht ist. Der Personalrat der Beschäftigten der Arbeitsagentur im JobCenter Stuttgart kämpfte genauso heftig gegen die Option mit der Begründung, die Arbeitsagentur kenne den Arbeitsmarkt besser. Der Gesamtpersonalrat der Stadt sprach sich für die Option aus und untermauerte dies mit einem Positionspapier, in dem er den Föll-Vorschlag für einen Vertrag zur Zusammenarbeit der Stadt mit der Arbeitsagentur in einer „gemeinsamen Einrichtung“ als Mogelpackung entlarvte. Der Personalrat sagte den Stadtratsmitgliedern, warum sollen wir in einem Vertrag geringfügige formale Verbesserungen suchen, die wir komplett im Original, der Option haben können. Im Gegensatz zum Fachbereich Verdi Kommunen sprach sich der Fachbereich Bund und Länder gegen die Option aus.

Genauso vehement setzten sich die Sozialverbände für die Option ein. Hier kann man bei einigen vermuten, dass sie eigene Interessen verfolgen, weil sie mit Ein-Euro-Jobs verdienen. Aber auch Fachdienste für die Schuldenberatung, für Sozialberatung usw. waren für die Option, weil sie von der Stadt erwarten, dass sie die Spielräume unbürokratisch zugunsten der Langzeitarbeitslosen nutzt. Auch die Erfahrungen und die Schlussfolgerungen von linken Stadträten in anderen Städten waren sehr konträr.

Die Entscheidung für die Fraktionsgemeinschaft war also nicht leicht und hat viele Stunden Gespräche und Beratungen in Anspruch genommen. Wir werden im Gemeinderat Einfluss nehmen auf die Zielvereinbarungen und uns durch Zusammenarbeit mit Betroffenen und dem Personal weiter gegen Ungerechtigkeit und Schikanen und für die Verbesserung der Leistungen und der Behandlung von Langzeitarbeitslosen einsetzen.

*Ulrike Küstler, Stadträtin die LINKE*

## Demonstration gegen BW-Musix in Balingen

Die Demonstration gegen die Bundeswehr-Veranstaltung „Bw-Musix“ am 25. Oktober in Balingen war ein großer Erfolg. Überraschend viele Friedensfreunde, LINKE und Antimilitaristen aus ganz Baden-Württemberg waren dabei (u.a. auch Mitglieder unseres neuen Jugendverbandes „Solid“) und marschierten vom Bahnhof bis zum abgesperrten Veranstaltungsgelände in der „Volksbankmesse“. Die von konservativen Kreisen befürchteten Zwischenfälle gab es nicht, dafür umso mehr Lärm

aus Lautsprechern und Trillerpfeifen, allemal musikalischer als militärisches Blech. Auch im kommenden Jahr werden Bundeswehr und Stadtverwaltung Balingen wieder „Bw-Musix“ veranstalten, wie der am Wegesrand zuschauende Oberbürgermeister Reitemann (CDU) schon vorher verkündet hatte. Wir wollen dem im kommenden Jahr ein alternatives Musikfest entgegensetzen, zum gleichen Termin wie Bw-Musix und auch in Balingen.

Jochen Lange, DIE LINKE Zollernalb



Diether Dehm und Konstantin Wecker singen „Bella Ciao“

## „Kultur in der Demokratiekrise“

Nach der Großdemonstration am Samstag den 11.12.2010 in Stuttgart gegen S21 und gegen S21+ gab es einen überwältigenden Besucherandrang zu der Kulturveranstaltung „Kultur in der Demokratiekrise“ der Partei DIE LINKE in die Wagenhallen. Etwa 700 Personen konnten eingelassen werden. Viele sind frustriert weggegangen, als ihnen der Veranstalter fälschlicher Weise erklärte, es stünden keine Plätze mehr zur Verfügung. Die Besucher, die bereits in den bestuhlten Veranstaltungsräumen waren, zeigten sich solidarisch und räumten die Stühle aus dem Saal, so dass für ein größeres Publikum Platz geschaffen wurde.

Die Veranstaltung wurde vom Bundestagabgeordneten Diether Dehm organisiert. Er konnte Künstler mit bundesweiter Bedeutung gewinnen. Die illustre Runde wurde von Anne Haigis eröffnet. Einer der Stars des Abends war der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Bundestag Gregor Gysi. Er dankte den S21-Gegnern dafür, dass sie die Demokratie in Deutschland verändert haben und für einen neuen Zeitgeist gesorgt haben.

Mit von der Partie war der Kabarettist Peter Grohmann. In der Talkrunde mit Marta Aparicio, der Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE, Peter Conradi von der SPD, Hannes Rockenbach aus der Stuttgarter Stadtratsfraktion SÖS/LINKE, Clariissa Seitz von den Grünen, die über die Faktencheck Gespräche im Rathaus berichteten. Moderiert wurde die Talkrunde von Heike Hänsel und Michael Schlecht, beide MdB der Partei DIE LINKE. Die angekündigte Sahara Wagenknecht war leider krankheitsbedingt verhindert.

Die Rockgruppe Geier Sturzflug sang ihre Hits aus den siebziger Jahren, „Bruttosozialprodukt“ und „Besuchen sie Europa solange es noch steht“, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Den kulturellen Höhepunkt bildete Konstantin Wecker. Er verzauberte sein Publikum mit seinen Liedern wie eh und je über eine Stunde lang. Darunter sein Megaseller „Willy“. Teilweise sang das Publikum lautstark mit. Zum Schluss



Erstmals lud DIE LINKE im Kreis Ludwigsburg zum Neujahrsempfang ein. Am 7. Januar beging die Partei mit ihren Gästen in Kornwestheim das neue Jahr mit einem kernigen Blues-Trio. Mit so vielen Besucherinnen und Besuchern hatte Gemeinderat Friedhelm Hoffmann vom Ortsverband Kornwestheim nicht gerechnet. Die Kornwestheimer hatten als Gastgeber zusammen mit dem Kreisverband Ludwigsburg zum ersten Neujahrsempfang der Linken im Landkreis eingeladen. Anschließend stellten sich die drei Landtagskandidaten der Linken im Kreis Ludwigsburg, Hans-Jürgen Kemmerle (Wahlkreis Ludwigsburg), Walter Kubach (Wahlkreis Bietigheim) und Peter Schimke (Wahlkreis Vaihingen/Enz) vor. Dem informativen Teil der Veranstaltung in der Galerie im Kleihuesbau folgte dann der fulminante Auftritt des tschechisch/slowakischen Blues-Duos Bena und Ptaszek, die spontan vom Schlagzeuger Alf List begleitet wurden.

Christian Brinkschmidt

## Mannheimer LINKE: Stuttgart 21 ohne wirklichen Nutzen

DIE LINKE Mannheim ist enttäuscht über den Schlichterspruch von Heiner Geißler. Sie rief zum Protest gegen „Stuttgart 21“ zum „Mannheimer Schwabenstreich“ am 3. Dezember.

Roland Schuster, Landtagskandidat der LINKEN für den Wahlkreis Mannheim-Nord: Eine Verbesserung des Schienenverkehrs ist ohne das Konzept des Stuttgarter Tiefbahnhofs und mit

einer anderen Trassenführung wesentlich besser und viel günstiger zu haben. Mannheimer Verkehrsprojekte wie die Neubaustrecke Mannheim-Frankfurt, die Optimierung und Kapazitätserweiterung des Mannheimer Hauptbahnhofs und der Ausbau der Eisenbahnstrecke Mannheim-Heidelberg sind durch das teure Stuttgart 21 aufs höchste gefährdet. Damit wird der dringend notwendige Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar aufs Abstellgleis gestellt.

Jutta Graf-Baier, Landtagskandidatin der Linken für den Wahlkreis Mannheim-Süd: Stuttgart 21 plus bleibt ein wahnsinniges Großprojekt ohne erkennbaren Nutzen. An diesem grundsätzlichen Dilemma ändert auch der Schiedsspruch von Heiner Geißler nichts. Der Widerstand ist legitim und wird weitergehen. Wir fordern einen sofortigen Baustopp bis zur Landtagwahl. Nach wie vor fordern wir eine verbindliche Bürgerbefragung.



Roland Schuster und Jutta Graf-Baier



Gesine Löttsch mit Mitgliedern aus dem Parteivorstand und Roland Hamm und Sabine Rösch-Dammenmiller bei der Demonstration gegen S 21 am 11. Dezember.

gaben Konstantin Wecker und Diether Dehm das italienische Partisanenlied „Bella Ciao“ vor begeisterten Zuhörern zum Besten.

Fazit: super Veranstaltung! Mehr davon! Kultur und Informationen zugleich sind einfach Klasse. Wenn man die Künstler betrachtet, fällt auf, dass sie für ein nicht mehr ganz so junges Publikum zugeschnitten waren. Es wäre schön und wünschenswert, wenn zukünftig auch Künstler eingeladen würden, die der Generation von Hannes Rockenbauch und Jüngeren aus der Seele sprächen.

*Volker Bohn*

## Mehr Demokratie!

**Heike Hänsel (MdB) am 15.12. im Schwäbischen Tagblatt**

Die Forderung nach mehr Demokratie zieht sich wie ein roter Faden durch zahlreiche politischen Auseinandersetzungen im zu Ende gehenden Jahr. Für wen wird Politik gemacht und wer bestimmt darüber? Das unsoziale Sparpaket der Regierung, die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, die Gesundheitsreform und Stuttgart 21 zeigen, dass wirtschaftliche Profitinteressen die Politik dominieren zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung.

Politische Entscheidungsprozesse in Ministerien und Parlamenten werden beeinflusst von starken Lobbygruppen und Parteien direkt von ihnen finanziert. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise tragen die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung, die ohne Lobby sind. Profiteure der Krise wie z.B. die Banken werden kaum zur Finanzierung der enormen Staatsschulden herangezogen. Dasselbe erleben wir auf europäische Ebene. Deshalb ist es wichtig, dass Menschen sich wehren, wie in Griechenland, Irland, Frankreich, im Wendland, in Berlin und in Stuttgart.

Auch Wikileaks hat einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung geleistet. In den letzten Monaten habe ich viel Engagement in Stuttgart für mehr direkte

Demokratie erfahren. Diesen Prozess gilt es im Bund, in den Ländern und in den Kommunen zu stärken. Fragebögen, wie von der Tübinger Rathauspitze durchgeführt, dienen dagegen nur dazu, schon beschlossene Sparmaßnahmen nachträglich „demokratisch“ zu legitimieren.

Der beispielhafte Prozess eines echten „Bürgerhaushalts“ wie in unserer Partnerstadt Villa El Salvador erstmals vor Jahren initiiert, sieht anders aus. Dort bestimmen die BürgerInnen über den gesamten Haushalt direkt ab. Auch OB Palmer darf nicht in Stuttgart links blinken und in Tübingen rechts abbiegen.

Wir alle sind aufgerufen, in allen gesellschaftlichen Bereichen mehr direkte Demokratie einzufordern, damit diese Gesellschaft gerechter und sozialer wird. Die Stuttgart 21-GegnerInnen haben sich von Geißlers Spruch nicht entmutigen lassen und werden ihre Proteste im neuen Jahr fortsetzen, für eine gute am Gemeinwohl orientierte Bahnpolitik und ein demokratisches Stuttgart, deshalb „oben bleiben“! Lassen Sie uns das Jahr 2011 zu einem Jahr für direkte Demokratie und mehr politischer Beteiligung machen.

## Nicht nur Bahnhof

**Ulrich Maurer (MdB) zu Stuttgart 21**

Bei Stuttgart 21 geht es schon lange nicht mehr nur um den Bahnhofsbau. Es geht darum, wie die Regierenden bundesweit mit der Bevölkerung umspringen, wie sie des Wählers Meinung ignorieren. Natürlich gibt es andere bewegende Dinge, die in Baden-Württemberg eine Rolle spielen, um nur einige zu nennen: Kitas, die nur auf Frau Schavans Planzettel stehen; Schulen, an denen der Putz von den Wänden bröckelt; eine komplett fehlgeleitete Exportorientierung, die die Stahlbranche kurz vor den Zusammenbruch brachte. Stuttgart 21 ist aber deswegen herausragend, da Frau Merkel selber die Landtagswahl zur Abstimmung zu

Stuttgart 21 machte. DIE LINKE ist die einzige Partei, die ohne wenn und aber „Nein“ zu dem Milliardengrab sagt.

## Weg frei machen für eine Bürgerbefragung

**Roland Hamm und Marta Aparicio:**

Stuttgart 21, davon sind Marta Aparicio und Roland Hamm überzeugt, kann nur verhindert werden, wenn DIE Linken in den Landtag einziehen und zusammen mit den Grünen und der SPD den Weg frei machen für eine verbindliche Bürgerbefragung. Für die beiden Spitzenkandidaten wird die Demokratiefrage neben sozialen Fragen und Bildung das wichtigste Thema im Wahlkampf sein.

„Die Stuttgarter müssen über das Immobilien- und Bahnknoten-Projekt Stuttgart 21 entscheiden“, fordert Marta Aparicio. Denn das Projekt betreffe vor allem die Bewohner der Landeshauptstadt. Anders verhalte es sich bei der geplanten Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm. Dies betreffe ganz Baden-Württemberg, sagt die Politologin. „Und die Strecke könnte auch gebaut werden, wenn das Konzept Kopfbahnhof 21 realisiert würde.“

Nach seiner Nominierung gab Roland Hamm seine Sprecherfunktion für die Initiative „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ auf. „Die Initiative ist überparteilich“, begründete der IG Metall-Chef von Aalen und Schwäbisch-Gmünd seinen Entschluss. Er werde sich jetzt vor allem im Wahlkampf dem Thema weiter widmen, denn das Geld fehle zum Beispiel in Kindergärten, bei der Bildung, bei den Arbeitslosen oder im sozialen Wohnungsbau. Dies betonte der 54-Jährige schon beim Landtagswahlkampf vor vier Jahren, als er im ländlichen Wahlkreis Aalen mit 5,1 Prozent das viertbeste Ergebnis für die WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) erzielt hatte. Und er wiederholte es bei den Veranstaltungen, zu denen er in den vergangenen Monaten als Sprecher der „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ eingeladen war in Bad Friedrichshall, Biberach, Karlsruhe oder Ulm. Dabei hat er sich zusammen mit Vertretern des Aktionsbündnisses wie Gangolf Stocker, mit Experten des VCD oder Politikern der Grünen für K 21, für einen verbesserten Kopfbahnhof eingesetzt.

Auch der Regionalverkehr liegt dem Kommunalpolitiker Hamm am Herzen. Er war elf Jahre SPD-Stadtrat in Aalen und vertritt dort seit der vergangenen Kommunalwahl als Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Hamm: „Die Gelder, die für den Stuttgarter Bahnknoten vergraben werden, fehlen uns beim sträflich vernachlässigten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.“

## Mehr Geld für Lärmschutz

### Karin Binder (MdB) unterstützt Bürgerinitiativen im Rheintal

Auf zwei Versammlungen in Offenburg und Freiburg hat Karin Binder das direkte Gespräch mit Kommunalpolitikern und Bürgern zum Ausbau der Rheintalbahn gesucht. Durch die dramatische Unterfinanzierung des Projektes kommt es an einer der wichtigsten Transitstrecken Europas immer wieder zu Bauverzögerungen. Dabei haben Umwelt und Mensch das Nachsehen.

Die Bürgerinitiativen, die vor Ort für den bestmöglichen Lärmschutz streiten, bekommen die Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Schienenverkehr in ganz Baden-Württemberg zu spüren. Viele Investitionen sind nicht mehr möglich, wenn die Milliarden für den Stuttgarter Verkehrsknoten und die Strecke nach Ulm vergraben werden. Das gilt auch für den dringend nötigen Ausbau der Rheintalstrecke.

„Nach dem Geißler-Schiedsspruch rückt eine Lösung in weite Ferne, weil die ohnehin viel zu hohen Kosten für Stuttgart 21 damit um bis zu einer Milliarde Euro steigen würden“, sagt Karin Binder. Sie befürchtet, dass der von den

Anwohnern zu Recht geforderte Lärmschutz an der Rheintalbahn auf dem Altar von S21 geopfert wird.

Gleichzeitig ist der Protest gegen Stuttgart 21 auch eine große Chance für die Menschen im Rheintal. Mappus und Bahn-Chef Grube wollen keine weitere Großauseinandersetzung. DIE LINKE hat im Bundestag einen Antrag „Akzeptanzprobleme bei der Rheintalbahn durch offene Planung beseitigen“ eingebracht, in dem sie Mehrausgaben und Umschichtungen von Stuttgart 21 zu dieser Strecke verlangt. Kürzlich haben auch Mitglieder des Verkehrsausschusses des deutschen Bundestages, unter ihnen die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN Sabine Leidig, die Region besucht. Am 18. und 19. Februar 2011 wird DIE LINKE Bundestagsfraktion öffentliche Veranstaltungen in Karlsruhe und Offenburg und eine Bustour zu den strittigen Streckenabschnitten an der Rheintalbahn organisieren. Dabei werden die Abgeordneten mit Bürgerinitiativen und Anwohnern zusammenkommen.

## Dioxin im Futter: Wirksame Verbraucherwarnung bleibt aus

„Noch immer haben die Verbraucher keinen Überblick über die mit Dioxin belasteten Lebensmittel. Das ist der Skandal nach dem Skandal. Frau Aigner muss die Nennung aller Produkte und Hersteller durchsetzen“, fordert Karin Binder, Verbraucherpolitikerin der Fraktion DIE LINKE. Karin Binder fährt fort:

„Das Lebensmittel- und Futtermittelrecht ist auf die Interessen der Hersteller zugeschnitten. Während die Betriebe sich weitgehend selbst überwachen sollen, fehlen den Behörden tausende Kontrolleure. Nur so ist zu erklären, dass jahrelang giftige Industriefette ins Futter gemischt werden konnten. Die Zeche zahlen immer die Verbraucher.“

Das Lebensmittel- und Futtermittelgesetz muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Verbraucherschutz muss Vorfahrt haben. Die Risiken der industriellen Massentierhaltung müssen klar werden, damit der Teller sauber

bleibt. Die behördlichen Kontrollen müssen bei den besonders risikobehafteten Tierfabriken deutlich erhöht und die Kontrolleure mit stärkeren Befugnissen ausgestattet werden. Die Überwachungskosten sind grundsätzlich von den Produzenten zu tragen. Verursacher von Panschereien sind zur Schadensregulierung heranzuziehen.

Der Skandal mit Dioxin belastetem Futtermittel hat seine Ursache in der industriellen Massentierhaltung. Lebensmittel aus regionalem Anbau und Bioprodukte sind deshalb der beste Schutz vor Gift im Essen. Qualität und Tierschutz bleiben zwangsläufig auf der Strecke, wo Huhn und Schwein in Tierfabriken zur profitträchtigen Massentierhaltung verkommen. Die wahren Kosten der angeblich billigen Eier und Koteletts werden jetzt deutlich: Millionenverluste bei den Bauern, immer höhere behördliche Kontrollkosten sowie Gesundheits- und Umweltschäden.“

## Hartz IV ist nicht reformierbar, sondern muss überwunden werden

Die Vorsitzenden der LINKEN, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, kritisieren die ergebnislosen Vermittlungen zur Hartz-IV-Reform scharf. Die beteiligten Parteien hätten ihre eigenen Interessen über die Belange der Betroffenen gestellt. Ernst und Löttsch bekräftigen die Forderung ihrer Partei nach einer Überwindung des Hartz-IV-Systems. Die Forderung nach einem Regelsatz von 500 Euro pro Monat und einem gesetzlichen

Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde bis zum Ende der Legislatur sei richtig und gerecht. Sie erklären:

Die Vermittlungsgespräche zur Hartz-IV-Reform waren eine Farce. Es haben ausschließlich Hartz-IV-Parteien mit Hartz-IV-Parteien verhandelt. Union, SPD, FDP und Grüne haben Parteipolitik vor die Interessen der Betroffenen gestellt.

Für DIE LINKE bleibt es dabei.

## Nazifrei – Dresden stellt sich quer.

**Protest gegen den Naziaufmarsch in Dresden am 13. Februar 2011 oder am 19. Februar 2011**

Am 13. Februar 2010 folgten mehr als 12 000 Menschen dem Aufruf des Bündnis Dresden Nazifrei und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europaweiten Naziaufmarsch in Dresden. Ein breites Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, der LINKEN und vielen anderen, stellte sich entschlossen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis in den Weg.

DIE LINKE, linksjugend [‘solid] und DIE LINKE.SDS rufen auch dieses Jahr zu Protest gegen den Naziaufmarsch auf. Der Termin des Naziaufmarsches ist noch offen: 13. Februar 2011 oder der 19. Februar 2011.

Aus Baden-Württemberg gibt es aus verschiedenen Städten Busse nach Dresden, unter anderem aus:

- Freiburg: [www.antifabus.tk](http://www.antifabus.tk)
- Heidelberg
- Karlsruhe: [antifaka.blogspot.de](http://antifaka.blogspot.de)
- Stuttgart.

Hartz IV muss nicht reformiert werden. Hartz IV muss weg. Wir wollen dieses System, das Armut per Gesetz produziert, überwinden. Wir wollen eine echte Mindestsicherung, die Armut dauerhaft in die Gesichtsbücher verdammt. Unsere Forderung nach einem Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und einem Regelsatz von 500 Euro bis zum Ende dieser Legislaturperiode ist richtig und gerecht. Wir halten daran fest und kämpfen gleichzeitig für jede Verbesserung, die den Betroffenen zugutekommt.

## Deutschland ist Lohn-drücker Nummer 1

„Die ILO-Zahlen sind eine Ohrfeige für die Politik der Bundesregierungen in diesem Jahrzehnt. Dass in Deutschland Löhne und Gehälter um 4,5 % gefallen sind, in allen anderen europäischen Ländern aber zwischen 7,5 und 25 % gestiegen sind, stempelt Deutschland zum Hauptschuldigen für die Krise Europas“, erklärte Ulrich Maurer zu den am 15. Dezember veröffentlichten ILO-Zahlen über die internationale Entwicklung der Reallöhne. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Deutschland ist weltweit der Lohn-drücker Nummer eins. Die hochamtlichen Zahlen beweisen, die deutsche Niedriglohnpolitik für die Lage der eu-

ropäischen Krisenländer hauptverantwortlich ist. Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten anderer Länder war das erklärte Ziel der Agenda 2010 unter Schröder/Fischer. Mit geringeren Löhnen wurden die Nachbarländer in die Verschuldung getrieben, um dann in der großen Krise

## Schäuble will Beschäftigten Insolvenzkosten aufdrücken

„Es ist strikt abzulehnen, dass mit dem Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit, das bei Firmeninsolvenzen Lohnausfälle überbrückt, jetzt die Lächer im Bundeshaushalt gestopft werden sollen“, urteilt Richard Pitterle, Mitglied des Finanzausschusses im Bundestag für die Fraktion DIE LINKE.

„Nicht genug, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger für die Finanzkrise und die Bankenrettungen zahlen lässt. Jetzt werden immer weitere Kreise gezogen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen auch noch doppelt für krisenbedingte Firmenpleiten zahlen. Aus ihren Beiträgen an die Bundesagentur für Arbeit wird nämlich ein Teil

## Scheitern des Euro wäre katastrophal

Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt Fraktion DIE LINKE – gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand kommentierte am 3. Januar:

Der Euro brennt. Es ist ein Flächenbrand. Der eigentlich nur bis 2013 geplante europäische Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro soll jetzt zur Dauereinrichtung werden. Denn weitere Länder sind bedroht: Nach Griechenland und Irland jetzt Portugal, Spanien, Belgien und Italien. 2011 wird die Lage sich zuspitzen, wohl schon in den ersten Monaten. Wird der Euro gerettet? Sollten die bedrohten Länder nicht einfach aus dem Euro aussteigen? Wäre es nicht das Beste, wenn Deutschland wieder zur D-Mark zurückkehren würde?

Wenn Deutschland wieder seine eigene Währung hätte, würde es sofort um 30 bis 40 Prozent aufwerten. Rund ein Drittel der geleisteten Arbeitsstunden sind auf Exportprodukte gerichtet. Mehr als zehn Millionen Arbeitsplätze hängen damit an der Exportwirtschaft. Bei einer Aufwertung wären mindestens 25 Prozent der Arbeitsplätze – rund zwei bis drei Millionen – hochgradig in Gefahr.

Aber auch für die Krisenländer würde ein Ausstieg alles nur viel schlimmer machen. Wenn zum Beispiel Griechenland die Drachme wieder einführen würde, wären die Auslandsschulden in Euro nach wie vor vorhanden. Die neue griechische Währung müsste gegenüber dem Ausland massiv abwerten. Schätzungsweise um 50 Prozent. Dann wäre die Auslandsschuld doppelt so stark drückend wie heute. Selbst wenn Griechenland sich mit einer Umschuldung, einem neumodisch „Hair-cut“ genannten Verfahren in Höhe von 50 Prozent von

Richtung Abgrund zu taumeln. Die Regierung Merkel/Westerwelle will sie nun dafür bestrafen und zu hartem Sparkurs zwingen. Wer Wirtschaftsdarwinismus zum Kern der Europapolitik macht, treibt den Kontinent in die Deflation – mit unabsehbaren Folgen.

als Insolvenzgeld beiseite gelegt. Um genau diesen Betrag will aber Schäuble den Bundeszuschuss an die BA kürzen, und im Insolvenzfall soll Geld aus den regulären Beiträgen fließen. Die Ungerechtigkeit von Schwarz-Gelb scheint keine Grenzen zu kennen“, so Pitterle weiter. „Die Bundesregierung muss endlich aufhören, den Bürgerinnen und Bürgern die Rechnung für ihre Klientelpolitik aufzubürden. Die Lächer im Bundeshaushalt kommen von der Finanzkrise, und ihre Verursacher – Banken und Spekulanten – müssen endlich mit einer Finanztransaktionsteuer und einer vernünftigen Bankenabgabe zur Rechenschaft gezogen werden.“

einem Teil der Auslandsschulden befreien wollte, so wäre nur der Effekt der Abwertung ausgeglichen. Die Auslandsschuld würde genauso wie heute auf dem

Land lasten. Jedoch wäre Griechenland auf Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte vom internationalen Kapitalmarkt abgeschnitten. Auch die deutsche Stammtischparole – „Wir wollen nicht länger die Faulenzer aushalten“ – ist von umfassender Unkenntnis gezeichnet. Griechenland zahlt für die Hilfskredite rund drei Prozent mehr Zinsen als Deutschland. Mit der Not anderer werden Profite gemacht. „Das sind etwa 300 Millionen Euro im Jahr“, so Klaus Regling, der Leiter des EU-Rettungsfonds. Würde Griechenland aus dem Euro aussteigen, würde es für den deutschen Steuerzahler richtig teuer. Mit einer Umschuldung würden auch hiesige Banken und Finanzzocker getroffen. Jedoch: Mindestens zwei Drittel der deutschen Forderungen gegenüber den Südländern und Irland werden von Banken gehalten, die unter Staatskuratel stehen. Allen voran die HRE. Sie hat alleine gegenüber diesen Staaten Anleihen von knapp 40 Milliarden Euro. Abschreibungen würden den Steuerzahler treffen, der richtiges Geld nachschießen müsste.

Ein Weg zurück in Nationalstaaterei wäre verhängnisvoll. Wir brauchen ein gemeinsames Europa, jedoch ein solidarisches und soziales. Merkel will den Ausbau der deutschen Hegemonie. Sie



Gipfelprotest gegen Merkel und Sarkozy am 10. Dezember in Freiburg

will die Agenda 2010 gewaltsam exportieren. Mittlerweile hat sie ein europaweites Austeritätsprogramm von mehr als 400 Milliarden Euro durchgesetzt. Ein gefährlicher Kurs. Denn so kommen die Krisenländer nicht wieder auf die Beine. Und wenn dort die Wirtschaft stranguliert wird, trifft dies auch die deutsche Exportwirtschaft und Arbeitsplätze.

## Annette Groth (MdB) zur Sache: Afghanistan

Der nun veröffentlichte „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung dokumentiert nach neun Jahren Kriegszustand die desolote politische Lage und katastrophale humanitäre Situation im Land. Die Bilanz der einst gepriesenen zivil-militärischen Kooperation: 1400 deutsche Soldaten im Truppenstützpunkt Kunduz schützen zwölf Wiederaufbauhelfer. Seit zwei Jahren konnte

aufgrund der Sicherheitslage kein einziger Brunnen gebohrt und keine einzige Schule eröffnet werden. Herr Westerwelle verspricht den Abzug aller deutschen Kampftruppen bis 2014, behält sich jedoch vor, Teile des deutschen Kontingents über einen längeren Zeitraum zu stationieren.

Wie stehen die Chancen auf einen kompletten Abzug der deutschen Truppen angesichts der internationalen Debatte? Wie kann die Situation der Bevölkerung dauerhaft verbessert und eine zivile Entwicklungszusammenarbeit gelingen?

Hierzu lud Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der LINKEN im Deutschen Bundestag, zu einer Veranstaltung mit Heike Händsel (MdB) nach Pforzheim ein.



## Aktiv werden gegen die Nato-Kriegspolitik! Für Frieden und Abrüstung! Bundeswehr raus aus Afghanistan!

### Aufruf zu Protesten gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz am 4./5. Februar 2011 in München

Am ersten Februarwochenende treffen sich im Hotel „Bayrischer Hof“ wieder Regierungsvertreter, Militärs, Kriegsstrategen und Rüstungslobbyisten überwiegend aus NATO- und EU-Staaten.

Wir aber wollen unsere Sicherheit nicht PolitikerInnen und MilitärstrategInnen überlassen, an deren Händen Blut klebt: Das Blut der Opfer der Kriege in Afghanistan, Irak und Jugoslawien. Es geht ihnen vor allem darum, die Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen der USA und der EU-Staaten zu sichern. Mit Waffenexporten leisten sie Beihilfe zum weltweiten Morden.

Während sie über die Spielregeln ihrer Weltordnung beraten, werden wir auf die Straße gehen und demonstrieren.

#### Kriege beginnen nicht erst dann, wenn Bomben fallen

Eine Milliarde Menschen hungern. „Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung oder leicht heilbaren Krankheiten. Diese Kinder sterben nicht, sie werden ermordet“ (Jean Ziegler). Ermordet von einer Weltordnung, die für den Profit über Leichen geht, von einer Wirtschaftsordnung, die die natürlichen Lebensgrundlagen dieses Planeten systematisch ruiniert, von einem kapitalistischen System, das den Krieg in sich trägt, wie die Wolke den Regen.

Folter, Entführung, massenweise Tötung von ZivilistInnen gehören ebenso zum Krieg wie die Abschottung der Grenzen gegen Armuts- und Klimaflüchtlinge oder die Opfer deutscher Waffenexporte.

Opfer dieser Kriege sind immer die Menschen, die Natur und ebenso die Kultur des Miteinanders auf dieser einen Erde.

#### Die SiKo macht mobil für Profite, Mord und Krieg

Dafür stehen die MilitärstrategInnen bei der „Sicherheits“-Konferenz. Sie bauen darauf, dass die Menschen stillhalten, weil sie Angst haben. Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst um die Zukunft ihrer Kinder oder Angst vor Terror.

Die Verantwortlichen für verbrecherische Kriege, für welt-

weite Armut und für ökologischen Wahnsinn wollen die Menschen glauben machen, ihre Weltordnung sei alternativlos.

Doch viele beginnen sich zu wehren. Dagegen wappnen sich die Herrschenden mit Terrorhysterie. Sie bauen den Überwachungsstaat aus, blähen den Polizeiapparat auf und wollen schließlich auch die Bundeswehr im Inneren einsetzen.

Aber es gibt immer Alternativen. Sie beginnen mit solidarischem Handeln, Protest und Widerstand. Zeigen wir den selbsternannten WeltherrscherInnen und KriegsstrategInnen:

**Eurer Politik des Neoliberalismus, des Krieges und der Rüstung setzen wir unseren Protest und gewaltfreien Widerstand entgegen.**

Wir demonstrieren:

Gegen Kriegstreiberei und militärische Machtpolitik  
Gegen Nationalismus und Rassismus

Für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die Beendigung aller Kriegseinsätze

Für Abrüstung statt weiteren Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe – Bundeswehr abschaffen!

Für den Austritt Deutschlands aus der NATO, keine Beteiligung an den Militärstrukturen der EU.

Die Welt braucht keine NATO und keine anderen Militärpakete. Was wir brauchen, sind Frieden, Abrüstung, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit.

#### Beteiligt Euch an der großen Demonstration, phantasievoll, bunt und laut!

Wir lassen uns nicht einschüchtern und wehren uns gegen diffamierende Unterstellungen, die als Vorwand für polizeiliche Repressionen dienen – und auch dazu, unser Demonstrationsrecht einzuschränken.

Diese Rechnung geht weder in Stuttgart noch im Wendland auf. Sie wird auch in München nicht aufgehen.

**Kommt zu den Protesten gegen die Kriegskonferenz in München**

**Großdemonstration: Samstag, 5. Februar 2011. Beginn 13 Uhr, Marienplatz**

*Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz*

Landessprecher Bernd Riexinger  
zum Focus-Interview mit Nils  
Schmid:

## Es gibt keine SED-Vergangenheit der baden-württembergischen Linken

DIE LINKE in Baden-Württemberg hält die Forderung des SPD Landesvorsitzenden Nils Schmid nach einer schriftlichen Distanzierung von ihrer angeblichen SED-Vergangenheit für völlig verfehlt. Landessprecher Bernd Riexinger: „DIE LINKE in Baden-Württemberg hat keine SED-Vergangenheit. Er selbst habe schon gegen die Willkür in der DDR protestiert, als Nils Schmid noch ein Kind war.“

Das gleiche gelte für die Spitzenkandidaten zur Landtagswahl. So habe Roland Hamm, der viele Jahre der SPD angehörte, und Marta Aparicio wie er selbst 1976 gegen die Ausbürgerung des kritischen Liedermachers Wolf Biermann aus der DDR protestiert. Und Marta Aparicio habe Jahre lang gegen die Diktatur in Argentinien gekämpft. Beide seien überzeugte Demokraten. Riexinger: „DIE LINKE in Baden-Württemberg hat seit ihrem Bestehen keinen Zweifel daran gelassen, dass ihre Vorstellung von demokratischem Sozialismus in keinerlei Zusammenhang mit dem SED-Regime gebracht werden kann.“ Das Grundsatzprogramm der LINKEN ziehe die Lehren aus der Geschichte und beziehe eindeutig Stellung gegen den Stalinismus.

Die SPD solle lieber dafür sorgen, dass Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg am 27. März abgelöst und einen wirklicher Politikwechsel herbeigeführt wird. Deshalb solle sie Koalitionsspiele mit der CDU endlich öffentlich ausschließen.

„Auch das Absprechen von finanzpolitischem Realismus auf Seiten der Linken bedient ein Klischee, das nichts mit der Wirklichkeit zu tun habe“, sagt der Landessprecher. Vielmehr sei DIE LINKE die Partei, die über das klarste Finanzierungskonzept verfüge. Dazu gehöre der Mut, die Reichen und Vermögenden in diesem Land zur Kasse zu bitten, anstatt permanent die Beschäftigten, Rentner/innen und Erwerbslose zu belasten. Riexinger: „Die SPD soll doch bitte erklären, wie sie ihre Forderungen in der Sozialpolitik und nach besserer Bildung finanzieren will, wenn sie nicht bereit ist, die Verteilungsfrage zu beantworten.“

# Herr Schmid, die SPD, die LINKE und die DDR und die SED

Das Magazin „Focus“ vom 1.1.2011 titelt: „Schriftliche Distanzierung von SED-Vergangenheit“. Weiter heißt es: „Der Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg, Nils Schmid, hat der Linkspartei für mögliche Sondierungsgespräche nach den Landtagswahlen Bedingungen gestellt. Die Linkspartei müsse sich von der SED-Vergangenheit distanzieren, sagte Schmid im Interview mit dem Nachrichtenmagazin ‚Focus‘. „Eine solche schriftliche Erklärung gibt es nicht, und solange die Linke das nicht macht, ist sie für mich kein Ansprechpartner für Sondierungsgespräche.““

Eigentlich wäre ja zu erwarten, dass Herr Schmid beim derzeitigen Stand seiner Partei in der öffentlichen Wahrnehmung des Südwestens andere Sorgen hat. Aber das wird er selbst am besten wissen. Andererseits ist es immer zum Schaden der Sache, wenn man ernsthaft Fragen unter rein wahltaktischen Gesichtspunkten behandeln zu müssen.

Wenn Herr Schmid sich ernsthaft mit der Auseinandersetzung in der Linken und durch die Linke um DDR und SED beschäftigen würde, dann dürfte ihm eines nicht entgangen sein: Kritik und Aufarbeitung der Geschichte von SED und DDR sind ein konstituierendes Element der LINKEN. Anders wäre die Einigung

einer Partei aus so unterschiedlichen Bildungs- und Entwicklungsrichtungen wie die der LINKEN überhaupt nicht möglich gewesen.

Gerade weil die LINKE keine Parteineugründung ist, sondern eine Vereinigung von ehemaliger PDS und ehemaliger WASG, waren Kritik der und Abgrenzung von SED und DDR sowohl in der ehemaligen PDS als auch durch die LINKE zwingend. Das ist geschehen und geschieht fortlaufend. Wir weisen Herrn Schmid an dieser Stelle nur beispielhaft auf die Eckpunkte zum Programm der LINKEN und den neuen Programmentwurf.

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus und dem Auseinanderfallen der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition wurde auf dem Gebiet der späteren DDR der Versuch unternommen, eine Gesellschaft und eine Staatsorganisation zu errichten, deren Entwicklung nicht vom großen Kapital bestimmt ist.

Die Sache hatte einen grundlegenden Konstruktionsfehler. Statt die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie, entstanden aus der Auseinandersetzung mit dem Feudalismus wie Gewaltenteilung, individuelle Freiheitsrechte, Pressefreiheit weiterzuentwickeln und auf das Gebiet sozialer Rechte und Freiheiten auszuweiten, wurden Zentralismus und

## „Wir lehnen jede Form von Diktatur ab“

Auszug aus den „Programmatischen Eckpunkten“, verabschiedet beim Gründungsparteitag der LINKEN im Jahr 2007 und derzeit gültiges Grundsatzprogramm

Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wir treten ein für die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repression, für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte. Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich an der Niederschlagung der verbrecherischen faschistischen Diktatur beteiligten und sich für die Beseitigung der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben und einsetzen.

Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.

DIE LINKE setzt sich mit der Geschichte der DDR und der BRD sowie mit der Geschichte der linken Kräfte in der alten Bundesrepublik auseinander und zieht aus den historischen Entwicklungen und Erfahrungen Schlussfolgerungen für ihre Programmatik und Strategie in den Auseinandersetzungen der Gegenwart und Zukunft. Dabei wendet sie sich gegen Pauschalisierungen, antikommunistische Vorurteile und einseitige Beurteilungen und bemüht sich um differenzierte und ausgewogene Einschätzungen.

Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.

Zentralkontrolle auf wirtschaftlichem wie politischen Gebiet vorherrschend und schließlich bestimmend. Die DDR lieferte schließlich den Beweis, dass Zentralismus, Obrigkeits- und Überwachungsstaat nicht nur undemokratisch und Instrumente für Unrecht sind, sondern dass sie auch an den Anforderungen einer modernen Gesellschaft einfach scheitern. Die Vorstellung, eine Gruppe von Menschen – eine Partei, ein Zentralkomitee, eine Regierung – wüssten aus tieferer Einsicht in die Geschichte und den Gang der Dinge, was für alle gut und richtig sei, und könnten dies dann unmittelbar in Staatshandlungen umsetzen, ist abzulehnen. Diese Idee ist nicht zuletzt in der DDR historisch gescheitert.

Für DIE LINKE ist klar, es kann keine sozial gerechte und keine sozialistische Gesellschaft ohne Demokratie und persönliche Freiheitsrechte geben, aber klar ist auch, ohne soziale Gerechtigkeit werden Demokratie und Bürgerrechte ausgehöhlt und Ungleichheit und Ungerechtigkeit bestimmen das gesellschaftliche Leben trotz formeller Gleichheit.

Das alles wären Fragen für lohnende politische Diskussion mit Gewinn für alle Beteiligten, sicher auch für die SPD und Herrn Schmid.

Die Parteien im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg müssen an Ihrer Politik und auch an Ihren Programmen zu den Landtagswahlen 2011 gemessen werden.

Kampf für mehr Demokratie und Bürgerrechte, gleiche Rechte und Le-

bensmöglichkeiten für alle, mehr Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen und für mehr direkte Demokratie, für Presse- und Versammlungsfreiheit und auch gegen Landesspitzenpolitik – dass sind zentralen Themen des Landtagswahlkampfes 2011 und des Landtagswahlprogrammes der LINKEN.

Deshalb ist das Landtagswahlprogramm der LINKEN auch und zwangsläufig eine Absage an jede Art von staatlicher Bevormundung, von Zentralismus, Spitzel- und Obrigkeitsstaat. Auch das hätte Herrn Schmid bei ernsthafter Befassung mit der Sache auffallen können.

Sowieso kann ein Blick in die Landtagswahlprogramme nie schaden. „Focus“ berichtet über das Interview mit Schmid auch noch: „Zudem sei ‚finanzpolitischer Realismus‘ notwendig. Die Linkspartei müsse endlich verstehen, dass eins plus eins zwei gibt und nicht vier oder fünf.“ So, so. Ein einfacher Vergleich der Positionen von SPD und der LINKEN in Sachen „finanzpolitischer Realismus“ zeigt: Die LINKEN hat Finanzierungsvorschläge für die notwendigen sozialen Reformen, die SPD unserer Kenntnis nach keine.

Wenn es im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg also Abgrenzungsbedarf gibt, dann ist es der von SPD, Grünen und der LINKEN gegenüber einer seit 57 Jahren herrschenden CDU-Politik. Hier hat vor allem die SPD erheblichen Nachholbedarf.

*Christoph Cornides*

## Zur Herkunft der LINKEN

Zitate aus dem Programmentwurf der Partei DIE LINKE, vorgestellt von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine

DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere die sozialistischen Theoretiker Marx und Engels gezeigt. (...)

(...) Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb gehörte zum Gründungskonsens der PDS – einer der Vorläuferparteien der LINKEN – der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus. (...)

(...) Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE vereinigt. Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt wollen, die für Freiheit und Gleichheit eintreten, für Emanzipation und soziale Gerechtigkeit, für internationale Solidarität, Frieden und Ökologie.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen. •

Karin Binder, Klaus Ernst, Oskar Lafontaine, Richard Pitterle, Michael Schlecht

## Betriebs- und Personalrätekonferenz

Freitag, 4. Februar 2011; 15 Uhr bis 18.30 Uhr

Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20, Gewerkschaftshaus

## Aufschwung der Billigjobs stoppen! Für gute Arbeit und gute Löhne.

5. zentrale Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag,

Die Beschäftigten haben für die Wirtschaftskrise gezahlt. Viele haben ihren Arbeitsplatz verloren oder Kurzarbeit und Einkommenseinbußen hingenommen.

Heute streichen die Unternehmen wieder Gewinne ein, während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leer ausgehen sollen. Eingestellt werden vor allem Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und befristet Beschäftigte. Über 1,4 Millionen Menschen müssen ihren Niedriglohn mit Hartz IV aufstocken. Mit prekärer Beschäftigung, Sozialkürzungen und der Rente mit 67 verbreitet die Regierung Armut und Unsicherheit. Der Druck auf Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungen wächst.

## Publikationen der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Publikationen der Bundestagsfraktion können bestellt werden im Internet-Versandportal (<http://versand.linksfraktion.net>). Passwort und Benutzernamen erfährt man in den Wahlkreis- bzw. Regionalbüros der Bundestagsabgeordneten, dort gibt es von den Publikationen auch immer kleine bis mittlere Mengen zum Abholen, wenn man mal dringend was braucht. Und das unter anderen sind die aktuellen Titel: Thema **Leiharbeit** „Moderne Sklaverei“, Dokumentation DIN A4, 46 Seiten. Thema **Rente** „Nein zur Rente mit 67“, Folder, Format DIN lang, 6 Seiten. Thema **Gesundheitsreform** „Gesundheit ist keine Ware!“ Folder, Format DIN lang, 6 Seiten. Thema **Pflege** „Für eine solidarische Pflegeabsicherung“ Folder, Format DIN lang, 6 Seiten. Weitere Themen: Weg mit Hartz IV, gesetzlicher Mindestlohn, Regulierung des Finanzmarkts, Nein zum Krieg in Afghanistan, Datenschutz für Beschäftigte. Außerdem kann man hier die Zeitung „klar“, das Magazin „clara“ sowie die feministische Zeitung „querblick“ im Abo bestellen.

Kurzwahlprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg

## DIE LINKE in den Landtag – Zeit für einen Politikwechsel

Noch nie waren so viele Menschen mit den herrschenden Politikern so unzufrieden wie heute. Noch nie haben so viele Bürgerinnen und Bürger aller Schichten und aller Altersgruppen gegen die „Maultaschen-Connection“ im Land demonstriert. Und noch nie waren die Chancen für einen Politikwechsel in Baden-Württemberg größer als mit der Wahl am 27. März 2011. Dies würde ein Beben auslösen, das bis nach Berlin und Brüssel zu spüren sein wird. Die Landtagswahl könnte damit eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte werden.

DIE LINKE in Baden-Württemberg will sich daran mit aller Kraft beteiligen. Unser Vorteil: Wir sind eine junge, unverbrauchte Partei und treten hier erstmals bei einer Landtagswahl an. Wir können frischen Wind in die verkrusteten Strukturen des Landes bringen. Wir sind allerdings auch noch unerfahren. Doch das kann ein Vorteil sein, wenn es uns gelingt, den großen Sachverstand der Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Landes aufzugreifen und in den Landtag zu bringen.

57 Jahre CDU-Herrschaft haben die Städte und Gemeinden heruntergewirtschaftet, die Daseinsvorsorge für Bürgerinnen und Bürger aus dem Blick verloren und das Bildungssystem sträflich vernachlässigt. Schwarz-Gelb ist außerdem mit dafür verantwortlich, dass sich die Spaltung zwischen Arm und Reich weiter vertieft hat, auch im Südwesten.

Andererseits wollen CDU, FDP und SPD mit dem Immobilien- und Bahnprojekt Stuttgart 21 viele Milliarden Euro vergraben, die an anderen Stellen fehlen. Die Weigerung der schwarz-gelben Landtagsmehrheit, die Menschen im Land darüber entscheiden zu lassen, zeigt ihr fehlendes Demokratieverständnis.

Wir werden im Landtag für mehr demokratische Rechte der Bürgerinnen und Bürger eintreten, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, für die Verbesserung des Bildungssystems und für die rasche Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien.

DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft. Sie setzt sich für die Fortentwicklung der Sozialsysteme ein. Wir wollen jedem Menschen ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglichen. Die Reichen müssen sich wieder stärker am Gemeinwohl beteiligen: Durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes.

Die Mappus-Regierung kann abgewählt werden. Helfen Sie mit, damit DIE LINKE schon bei ihrem ersten Anlauf in den Landtag die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Dann wird es mit Sicherheit keine schwarz-gelbe Mehrheit mehr geben.

Die Chancen für einen echten Wechsel sind gut, denn die Menschen in Baden-Württemberg sind selbstbewusster geworden. Sie werden sich auch nach der Wahl lautstark zu Wort melden, wenn sie sehen, dass sie nicht ernst genommen werden.

Und auch bei uns in Baden-Württemberg gilt: Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land.

### Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen

Mehr und mehr Menschen leiden darunter, dass sie von ihrer Arbeit nicht leben können. Auch in Baden-Württemberg nehmen Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, unfreiwillige Teilzeitarbeit oder gar Ein-Euro-Jobs zu. Viele Menschen, die Vollzeit arbeiten, verdienen so wenig, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II (Hartz IV) benötigen. Junge Leute können ihre Zukunft nicht planen, weil sie in unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis der Agenda-Politik der früheren rot-grünen Bundesregierung, die unter Schwarz-Gelb fortgesetzt wurde.

Wir fordern Arbeitsplätze, von denen die Menschen leben können.

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro
- Sozialversicherungspflicht für jede Erwerbsarbeit

- Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und der Leiharbeit
- Befristungen nur noch in Ausnahmefällen

Um dies zu erreichen, setzt sich DIE LINKE für entsprechende Bundesratsinitiativen ein. In Baden-Württemberg will die Partei ein Tarifreuegesetz durchsetzen. Es schreibt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Einhaltung der sozialen Standards vor, die in den Branchentarifverträgen vereinbart sind.

### Jugend braucht Perspektive

Jeder Jugendliche soll Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildungsstelle erhalten. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen zahlen, damit die Schaffung von Ausbildungsplätzen finanziert werden kann. Jugendliche aus Migrantenfamilien müssen gefördert werden, damit sie Ausbildungsplätze und Arbeit finden. DIE LINKE wird im Landtag einen Entwurf für ein Landes-Ausbildungsplatzumlagegesetz einbringen, wie es sich bereits in der Krankenpflegeausbildung in Baden-Württemberg bewährt hat.

### Wirtschaft sozialökologisch umbauen

In der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, wie krisenanfällig gerade die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft ist. Um Arbeitsplätze, Lebensqualität und die Umwelt zu sichern, ist ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft erforderlich. Dazu will DIE LINKE ein Investitionsprogramm von fünf Milliarden Euro auflegen und einen Zukunftsfonds in gleicher Höhe einrichten. Ein Teil des Geldes soll in regionale Fonds fließen, die drittelparitätisch (Gewerkschaften, Unternehmen, Kommunen) verwaltet werden. Die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung gehören in die Hand der Bürgerinnen und Bürger, nicht in die von Spekulanten. DIE LINKE fordert bezahlbare Energiepreise für einkommensschwache Haushalte und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zu einem Energiemusterland wird und die gesamte Stromerzeugung bis zum Jahr 2035 aus erneuerbarer Energie stammt.

### Öffentliche Banken dürfen nicht der Spekulation dienen

Fünf Milliarden Euro mussten wir Steuerzahler und die Kreissparkassen aufbringen, um die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) zu retten. Auch die Beschäftigten der Bank leiden unter der Misswirtschaft des Vorstandes und seiner Aufsichtsgremien, vor allem durch Personalabbau. Die Vertreter der Landesregierung haben ihre Aufsichtspflicht sträflich verletzt.

DIE LINKE sagt

- Öffentliche Banken gehören den Bürgerinnen und Bürgern und haben auf den internationalen Spekulationsmärkten nichts verloren.
- Die LBBW bleibt ein öffentliches Institut, das den Geldfluss für die Wirtschaft, die öffentliche Hand und für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellt. Sie muss im Interesse des Gemeinwohles agieren und demokratisch kontrolliert werden.

### Großkonzerne und Vermögende müssen zahlen

DIE LINKE ist die einzige Partei, die für Verteilungsgerechtigkeit steht. Sie will, dass die Verursacher der Krise bezahlen und nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Großkonzerne, Reiche und Vermögende sollen endlich wieder mehr Steuern bezahlen. Allein die Einführung einer Vermögenssteuer von fünf Prozent – bei einem Freibetrag von einer Million Euro – würde Baden-Württemberg jährlich bis zu zehn Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen.

### Stuttgart 21 verhindern

Stuttgart 21 ist ein Spekulations- und ein Verkehrsprojekt, das den Bürgerinnen und Bürgern vor allem Nachteile bringt. Um Platz für eine neue City zu schaffen, soll der Eisenbahnknoten im Stuttgarter Zentrum quer zum bisherigen Kopfbahnhof unter die Erde gebracht werden. Auf dem frei werdenden Gelände könnte das größte Immobilienprojekt Europas entstehen.

DIE LINKE wird den parlamentarischen und den außerparlamentarischen Widerstand gegen Stuttgart 21 auch nach der Wahl unterstützen. Nur bei starkem Druck von Außen, wenn Schwarz-Gelb abgelöst wird und die LINKE in den Landtag kommt, können wir dieses unsinnige Milliardenprojekt stoppen.

DIE LINKE fordert, dass die neue Landesregierung die Bauarbeiten und die Vergabe von Aufträgen sofort stoppt und rasch einen Volksentscheid oder eine verbindliche Bürgerbefragung durchführt. Die Bürger der Region Stuttgart sollen über die Alternativen ausgebauter Kopfbahnhof oder Tiefbahnhof entscheiden. Über die Strecke nach Ulm sollen die Wahlberechtigten in Baden-Württemberg abstimmen.

#### **Mehr direkte Demokratie und Bürgerrechte**

Die Möglichkeiten von Volksabstimmungen und Bürgerentscheiden sind in Baden-Württemberg im Vergleich zu andern Bundesländern äußerst eingeschränkt. Ob es um Stuttgart 21 geht oder um die Privatisierung von Krankenhäusern und öffentlichen Einrichtungen, die Laufzeit von Atomkraftwerken oder mehr Umweltschutz, die Bürgerinnen und Bürger wollen in zentralen Fragen ihrer Lebensbedingungen mitentscheiden. Gerade Stuttgart 21 hat gezeigt, dass viele Initiativen oder Einzelpersonen mehr Kompetenz entwickelt haben als die Experten.

DIE LINKE will

- eine deutliche Senkung der Hürde für Bürgerbegehren und die Ermöglichung von Bürgerentscheiden auf der Landkreisebene
- Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene
- eine bürgernahe öffentliche Verwaltung und Bürgerhaushalte
- mehr Beschäftigtenrechte im Landespersonalvertretungsgesetz
- Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten. Einbürgerungen erleichtern und Abschiebungen vermeiden

#### **Ohne Frauen ist kein Staat zu machen**

Zur Demokratie gehört auch, dass Frauen in allen Entscheidungsgremien von Politik, Wirtschaft und Verwaltung gleichberechtigt vertreten sind. Deshalb wollen wir unter anderem eine Quote von 50 Prozent Frauen bei Entscheidungspositionen durchsetzen, die sich im Zuständigkeitsbereich des Landes befinden. Die Zahl der Frauenbeauftragten muss erhöht, ihre Zuständigkeiten ausgedehnt werden. DIE LINKE fordert die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes sowie des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung.

Frauenhäuser müssen finanziell gesichert, die Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen erhöht werden. Wir wollen zudem bessere Hilfen und ein Bleiberecht für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund durchsetzen, die Gewalt erfahren haben.

#### **Öffentlich ist wesentlich – Kommunen stärken**

DIE LINKE tritt für bezahlbare und qualifizierte Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ein. Bildung, Erziehung, öffentlicher Personennahverkehr, ausreichende Sportstätten, Bäder und andere öffentliche Einrichtungen, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Altenpflege, Jugendhäuser und eine gute öffentliche Infrastruktur sind Voraussetzungen für die Lebensqualität der meisten Menschen.

Im Gegensatz zu anderen Parteien lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen grundsätzlich ab. Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst müssen gesichert werden. Arbeitsbedingungen und Lohnniveau müssen tariflichen Normen entsprechen. Dies gilt auch im Falle von Rekommunalisierungen – beispielsweise in der Energie- oder Abfallwirtschaft. Dumping-Löhne darf es auch in diesem Bereich nicht geben.

Außerdem wollen wir eine bessere Finanzausstattung der Kreise, der Städte und der Gemeinden. Sie sind nach 25 Jahren neoliberaler Politik immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben

zu erfüllen. Die instabile Gewerbesteuer soll zu einer konjunkturunabhängigen Gemeinwohlsteuer weiterentwickelt werden. Um die Finanzlage der Kommunen zu verbessern, streben wir kurzfristig eine Bundesratsinitiative an.

Geradezu sträflich ist, dass die Landesregierung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, in den Bau von Krankenhäusern zu investieren. Im Interesse der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten fordert DIE LINKE die volle Übernahme der Investitionskosten.

Eine Klassenmedizin darf es nicht geben. Jeder Mensch muss Zugang haben zu einer qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung.

Für Behinderte fordern wir das Recht auf umfassende Barrierefreiheit und selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben.

#### **Gute Bildung – Fördern statt Ausgrenzen**

CDU und FDP haben das Bildungssystem in Baden-Württemberg verschlechtert. Schul- und Ausbildungszeiten wurden verkürzt, Zeit- und Leistungsdruck erhöht, Schulen geschlossen, Studiengebühren eingeführt und die soziale Auslese vom Kindergartenalter an verschärft. In keinem anderen Bundesland hängt die Zukunft der Kinder so stark von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab wie in Baden-Württemberg. DIE LINKE wird sich im Landtag für folgende Ziele einsetzen:

- gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung
- Abschaffung der Studiengebühren
- gemeinsames Lernen bis zum zehnten Schuljahr
- keine Selektion nach dem vierten Schuljahr
- Einführung von Ganztagschulen
- Klassengrößen verkleinern auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler
- Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer
- Aufwertung der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten und Kitas
- kein Einfluss von Militär und Großkonzernen auf Erziehung in Schulen und Hochschulen
- Demokratisierung der Schulen und Hochschulen durch mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- bessere personelle und materielle Ausstattung der beruflichen Schulen

#### **Kinderarmut und Armut bekämpfen**

In Mannheim ist jedes vierte Kind arm, in Pforzheim und Freiburg etwa jedes fünfte und Stuttgart jedes zehnte. Der Regelsatz für Hartz IV reicht weder für Erwachsene noch für Kinder. Alleinerziehende und ihre Kinder sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Armut und Kinderarmut sind in einem reichen Land ein Skandal, den wir als Linke niemals akzeptieren können. Das wollen wir dagegen tun

- flächendeckende Versorgung mit gebührenfreien Kita-Plätzen
- kostenloses warmes Mittagessen in den Schulen und Kindertagesstätten
- Elterngeld auch für Hartz IV-Bezieherinnen und -Bezieher
- Einführung eines Baden-Württemberg-Sozialpasses, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen
- Förderung und Ausbau von Erwerbslosenzentren und Erwerbslosenberatung

Auch das Wohnen ist in vielen Regionen Baden-Württembergs zum Armutsrisiko geworden. Das gilt besonders für Migrantinnen und Migranten sowie Familien mit Kindern. Deshalb muss der soziale Wohnungsbau dauerhaft wieder belebt werden. DIE LINKE lehnt darüber hinaus die Privatisierung von Wohnungen in öffentlichem Eigentum ab. Wir wollen dagegen den Wohnraum in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum deutlich erhöhen. Mit einer Bundesratsinitiative werden wir uns für eine sanktionsfreie und bedarfsorientierte Grundversicherung stark machen.

# **DIE LINKE.**

BADEN-WÜRTTEMBERG

## Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

## Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart  
Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de  
Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de  
Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de  
Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

## Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

## Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

## Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70  
Konto 289582700

## Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

### **Baden-Baden/Rastatt**

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de  
Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

### **Biberach**

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

### **Bodensee**

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

### **Böblingen**

Harry Ladwig, Tel.: 07152-52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

### **Breisgau/Hochschwarzwald**

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

### **Calw**

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Alt-

hengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

### **Emmendingen**

Adelbert Ringwald, 79215 Elzach, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

### **Esslingen**

Bernd Heinrich Freer, 72622 Nürtingen, Tel.: 07022/67739, Mail: heinrichfr@gmail.com, Net: www.die-linke-esslingen.de

### **Freiburg**

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

### **Freudenstadt**

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbrunn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@igmetall.de • Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

### **Göppingen**

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

### **Heidelberg / Rhein-Neckar**

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de  
Detlef Gräser, Panoramastr. 17, 69198 Schriesheim, Tel.: 06203/661621, Mail: detlef.graesser@dielinke-rhein-neckar.de  
Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renate.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

### **Heidenheim**

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

### **Heilbronn**

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

### **Hohenlohe /Schwäbisch-Hall**

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

### **Karlsruhe**

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

### **Konstanz**

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

### **Lörrach**

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

### **Ludwigsburg**

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

### **Main-Tauber**

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

### **Mannheim**

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)  
• Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169, Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: marten.m@online.de

### **Neckar-Odenwald-Kreis**

Über Geschäftsstelle DIE LINKE Heidelberg/Rhein-Neckar, Tel.: 06221-7293533, info@dielinke-rhein-neckar.de

### **Ortenau**

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de • Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenau.de

### **Ostalb**

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

### **Pforzheim**

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

### **Ravensburg**

Reinhard Gumz, 88353 Kießlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linksparitei-ravensburg.de

### **Rems-Murr**

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de • Stephan Schwarz, 71409 Schwaikheim, eMail: BesterChecker007@aol.com

### **Reutlingen**

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

### **Schwarzwald-Baar-Heuberg**

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

### **Sigmaringen**

Karl A.M. Friedrich, 88356 Ostrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.dielinke-sigmaringen.de

### **Stuttgart**

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

### **Tübingen**

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

### **Ulm / Alb-Donau**

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de • Walter Schmid, Fon/Fax 07331/44625, eMail: r.u.w.schmid@web.de

### **Waldshut**

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

### **Zollernalb**

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 01520-7087995, eMail: info@die-linke-zollernalb.de

## Zusammenschlüsse

### **AG Antifa**

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

### **AG Bildung**

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

### **AG Europa**

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

### **AG Frieden**

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

### **AG Frauen**

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

### **AG Betrieb und Gewerkschaften**

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

### **AG Bürgerrechte und Demokratie**

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

### **AG Erwerblose und Geringverdiener**

Norbert Herre, 68163 Mannheim, Mobil: 0176-85308045, eMail: n.herre@yahoo.de

### **AG Gesundheit und Soziales**

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar\_schuchmann@gmx.de

### **AG Queer**

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: staehle@linke-stadtrat-goepingen.de

### **AG Religion**

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank\_winkel@t-online.de

### **AG rote reporterInnen**

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

### **AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik**

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071-639426, eMail: slorent@gmx.de

### **AG Ökologische Plattform**

Heinrich Dubell, Tel.: 0174-3874071, eMail: h.dubell@online.de

### **AG Wirtschaftspolitik**

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

### **Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog**

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

### **Kommunistische Plattform**

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

## Hochschulgruppen

### DIE LINKE.SDS

**Freiburg:** jt.meier@gmx.de • **Heidelberg:** www.sds-heidelberg.de • **Karlsruhe:** dieLinke@usta.de • **Konstanz:** Martin.Berger@gmx.de • **Ludwigsburg:** urdenc@gmail.com • **Mannheim:** sds@dielinke-ma.de • **Tübingen:** www.solid-sds.de •

## Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

## Bundestagsabgeordnete

### **Wahlkreisbüro Ulrich Maurer**

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

### **Wahlkreisbüro Heike Hänsel**

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de  
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

### **Wahlkreisbüro Karin Binder**

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de  
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, sascha.wagener@linksfraktion-bw.de

### **Wahlkreisbüro Michael Schlecht**

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net  
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, sascha.wagener@linksfraktion-bw.de  
Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

### **Wahlkreisbüro Annette Groth**

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de  
Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

### **Wahlkreisbüro Richard Pitterle**

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de  
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

## Kommunalmandate

### **Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart**

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org  
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org  
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org  
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

### **24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen**

**Biberach,** Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen,** Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee,** Roberto Salerno, roberto.saler-no@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen,** Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de, Heidenheim • **Heilbronn,** Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz,** Michael Krause, michaelk79@web.de, Konstanz •

**Ludwigsburg,** Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber,** Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau,** Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb,** Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg,** Till Bastian Dr., till.bastian@ravenburg2009.de, Isny • **Rems-Murr,** Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen,** Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar,** Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de, Leimen • **Tübingen,** Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb,** Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

### **39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten**

**Aalen,** Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen,** Werner, Bolzhauser, kulturamrander@kulturamrande.de • **Freiburg,** Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, h.g@linke-liste-freiburg.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar\_schuchmann@gmx.de • **Geislingen,** Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen,** Christian Staehle, staehle@linke-stadtrat-goepingen.de • **Heidelberg,** Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorenz@onlinehome.de • **Heidenheim,** Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn,** Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe,** Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanale.de • **Kehl,** Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz,** Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, lago2@aol.de • **Kornwestheim,** Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr,** Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen,** Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg,** Werner, Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim,** Gudrun Kuch, gudrun.kuch@mannheim.de; Thomas Trüper, ttrueper@aol.com • **Pforzheim,** Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen,** Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar,** Emauel, Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd,** Peter, Müller, peter.müller.sg@gmx.de: Sebastian, Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen,** Richard, Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen,** Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart,** Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen,** Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm,** Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim,** Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

# **DIE LINKE.**

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

## Wahlkampftouren durchs Ländle www.dielinke-in-den-landtag.de

Im Landtagswahlkampf werden Klaus Ernst, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Gesine Löttsch, Ulrich Maurer, Sahra Wagenknecht, unser Spitzenduo Marta Aparicio und Roland Hamm und zahlreiche Bundestagsabgeordnete Wahlkampftermine in Baden-Württemberg wahrnehmen.



Gregor Gysi wird am 3. März, 4. März, 18. März bis 20. März durchs Land touren.



Oskar Lafontaine wird am 4. Februar in Stuttgart und am 26. Februar in Mannheim zu Konferenzen erwartet. Wahlkampftermine werden zwischen 21. März und 25. März stattfinden.

Gesine Löttsch wird am 22. Januar und vom 14. Februar bis 16. Februar im Land sein.

Am 9. März findet mit Gesine Löttsch ein politischer Aschermittwoch in Stuttgart statt, im Alten Feuerwehrhaus, Möhringer Straße 56, 70199 Stuttgart um 19.30 Uhr.



Klaus Ernst ist am 4.2. in Stuttgart und am 26.2. in Mannheim zu Kongressterminen. Weitere Termine finden zwischen 10. März und 19. März statt.



Sahra Wagenknecht ist bislang am 4. März, 9. März (Mannheim), 13. März gebucht.

Die genauen Termine werden gerade mit den Kreisverbänden festgemacht und fortlaufend auf der Website des Landesverbandes veröffentlicht.



## Nächster Landesparteitag: 16. und 17. Juli 2011

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 17.12. 2010 den nächsten ordentlichen Landesparteitag einberufen. Die erste Tagung soll am 16. und 17. Juli 2011 voraussichtlich in Stuttgart stattfinden.

Für diesen Landesparteitag sind alle Delegierten neu zu wählen. Auf dem Landesparteitag sind dann der Landesvorstand, die Revisionskommission und die Landesschiedskommission entsprechend Landessatzung auf zwei Jahre neu zu wählen.

Und selbstverständlich ist auf diesem Landesparteitag die zukünftige Arbeit nach einer hoffentlich gewonnen Landtagswahl neu zu bestimmen.

Der Delegiertenschlüssel für den nächsten ordentlichen Landesparteitag soll so festgelegt werden, dass 200 Delegiertenmandate entsprechend den Mitgliederzahlen der Kreisverbände zum Stichtag 30.1.2011 paarweise im Divisorenverfahren nach Adams (Divisorenreihe 0;1;2;3;...) auf die Kreisverbände verteilt werden. Die Delegierten sind quotiert auf Kreismitgliederversammlungen zu wählen. Die Delegiertenzahl des Jugendverbands soll auf 10 festgesetzt werden. Dieser vorgeschlagene Delegiertenschlüssel ist den Kreisverbänden im Januar mitzuteilen. Die endgültige Entscheidung über den Delegiertenschlüssel trifft der Landesausschuss auf seiner Sitzung im April. Die Kreisverbände und der Jugendverband sollen ihre neuen Delegierten im Mai nominieren.

## Zeitplan der Landessatzungs- kommission

Die Landessatzungskommission wurde im Jahr 2009 eingesetzt, um Vorschläge zur Verbesserung der Landessatzung zu sammeln und systematisch aufzuarbeiten. Die umfassenden Ergebnisse der Arbeit der Kommission werden bald vorliegen. Sie gliedern sich in zwei Pakete:

Einerseits geht es um Regelungen der Landessatzung, bei denen Bezüge zur Bundessatzung bestehen. Weil der im Oktober 2011 in Erfurt tagende Bundesparteitag zahlreiche Änderungen der Bundessatzung verabschieden wird, macht es keinen Sinn, vorher in unserer Landessatzung Änderungen zu solchen Passagen herbeizuführen. Denn durch die im Oktober erfolgenden Änderungen der übergeordneten Bundessatzungen würden diese möglicherweise sofort wieder ungültig. Alle Änderungsvorschläge zur Landessatzung, bei denen Bezüge zu Regelungen der Bundessatzung bestehen, werden deshalb voraussichtlich erst 2012 auf einem Landesparteitag behandelt.

Das andere Paket umfasst Regelungen der Landessatzung, die keinen Bezug zur Bundessatzung haben, weil sie rein landesspezifisch sind (z.B. die Bereiche Landesausschusses, Landesvorstand, Landesarbeitsgemeinschaften etc. betreffend). Zu diesem Paket wird die Landessatzungskommission ihre Arbeitsergebnisse nach der Landtagswahl vorstellen und dem voraussichtlich im Juli 2011 stattfindenden Landesparteitag zur Abstimmung unterbreiten. Hierzu Veränderungen der Landessatzung im Juli 2011 vorzunehmen macht deshalb Sinn, weil dann auch Neuwahlen für zahlreiche Gremien anstehen, die auf diese Weise gleich mit verbesserten Regelungen konstituiert werden können. Andernfalls müsste teilweise wieder volle weitere zwei Jahre abgewartet werden, bis neue Regelungen mit dem Beginn einer neuen Amtsperiode in Kraft treten können.

Edgar Wunder